



ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2023

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



IMPRESSUM

Herausgeber_innen

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin),
Gleimstraße 31, 10437 Berlin,
Telefon: 030 / 817 985 821,
presse@rias-berlin.de

Berlin, 1. Auflage 2024

ISSN 2569-8222

V.i.S.d.P. Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)

Text, Konzept, Redaktion Ruth Hatlapa, Julia Kopp, Benjamin Steinitz / Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Layout und Grafik Gegenfeuer,
<https://www.gegenfeuer.net>

Lektorat Frank Engster

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben beim VDK e.V. bzw. auf den Seiten 16 und 45 bei den uns bekannten Fotograf_innen.

RIAS Berlin ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2024 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen und Hinweise in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber_innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt die Herausgeber_innen keinen Einfluss haben. Deshalb kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernommen werden. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweilige_n Anbieter_innen oder Betreiber_innen der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap Der VDK e. V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Titelseite 7 „Lamed“ ist der 12. Buchstabe im hebräischen Alphabet. Die Wiederholung und Anordnung zu einem Muster ist inspiriert von antiken Schriftbildnissen, künstlerischer Kalligraphie und funktionaler Typographie.

INHALT

- 4 Einleitung
- 8 Im Überblick: Zentrale Entwicklungen 2023
- 14 Antisemitische Vorfälle in Berlin 2023
- 22 Nach dem Terror der Hamas: Antisemitische Reaktionen in Berlin auf den 7. Oktober und den Krieg zwischen Israel und der Hamas
- 56 Die Statistik auf einen Blick
- 64 Beobachtungen zu israelbezogenem Antisemitismus
- 68 Beispiele
- 80 Anhang: Begrifflicher Rahmen und Kategorien

EINLEITUNG

Der 7. Oktober war eine Zäsur – in seiner Folge kam es in Berlin und weltweit zu einem sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle. 61,2%, 783 der insgesamt 1.270 von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin erfassten antisemitischen Vorfälle in 2023 ereigneten sich in den nur knapp drei Monaten zwischen dem 7. Oktober und dem Jahresende. Die meisten dieser Vorfälle sind Reaktionen auf die Massaker der Hamas und anderer Terrororganisationen an der israelischen Zivilbevölkerung und auf den darauffolgenden Kriegseinsatz Israels in Gaza. Aber auch qualitativ haben sich antisemitische Vorfälle seit dem 7. Oktober in Berlin verschärft. Es wurde eine Zunahme antisemitischer Gewalt registriert, und auch verbal sowie in Form von Schmierereien wurden Vernichtungsphantasien und -drohungen gegen Israel und gegen Jüdinnen_Juden enthemmter geäußert und sind im Berliner Stadtbild präsenter geworden.

Eine Zäsur war der 7. Oktober aber vor allem für Jüdinnen_Juden in Berlin und weltweit. Die entfesselte Gewalt der Hamas und anderer Organisationen in Israel, die unmittelbaren antisemitischen Reaktionen, die es in Berlin auf das Massaker gegeben hat, sowie ein Aufruf der Hamas zu einem weltweiten „Freitag der Al-Aqsa-Flut“ – wie der Terrorangriff vom 7. Oktober bezeichnet wurde –, der auch Aufforderungen zu weiterer Gewalt enthielt, haben das Vertrauen und alltägliche Sicherheitsempfinden bei vielen stark erschüttert. Jüdische Gemeinden und Institutionen haben ihre Sicherheitsvorkehrungen verschärft. Viele Jüdinnen_Juden ergreifen außerdem Maßnahmen zur Eigensicherung. Ob Hebräisch in der Öffentlichkeit gesprochen wird, ob die Mesusa – eine Schriftkapsel – an der Tür gelassen wird, ob man seine Kinder in die Schule schickt, ob der jüdische Name am Klingelschild geändert wird, ob eine Kippa getragen oder durch eine Mütze oder ein Cap versteckt wird, welche U-Bahn man nimmt, ob die Davidstern-Kette sichtbar getragen oder unter dem Pullover versteckt wird, worüber am Handy in der Bahn gesprochen und welche Social-Media-Posts oder Webseiten in der Bahn gelesen werden, mit wem und über was man sich in der Bar oder im Club unterhält, ob man mitteilt, aus Israel zu kommen oder welcher Name in der Taxi-App angegeben wird – all das sind Überlegungen, die sich für viele stellen und zu gravierenden Einschränkungen im Alltag geführt haben. Jüdisches Leben in Berlin ist daher seit dem 7. Oktober noch weniger sichtbar als zuvor.

Das Vorfalleschehen nach dem 7. Oktober steht aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Dokumentation antisemitischer Vorfälle aber auch in einer Kontinuität mit den Dynamiken, die das Geschehen in Berlin schon in den Jahren zuvor bestimmt haben. Bereits in den Monaten vor dem 7. Oktober ereigneten sich im Schnitt knapp zwei antisemitische Vorfälle pro Tag in Berlin, in den vergangenen Jahren waren es im Schnitt zwei bis drei Vorfälle pro Tag.

Die antisemitischen Vorfälle nach dem 7. Oktober sind nicht neu – obwohl sie quantitativ stark zugenommen haben und sich auch qualitativ verschärft haben. Auch vor dem 7. Oktober waren antisemitische Zuschreibungen – z. B. „Kinder-mörder Israel“ – oder die Täter-Opfer-Umkehr in Form der Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus verbreitet. Der israelbezogene Antisemitismus, dessen Elemente in 74 % der Vorfälle nach dem 7. Oktober enthalten sind, war bereits in den vorherigen Jahren bekannt und schon in den Vormonaten die am häufigsten registrierte antisemitische Erscheinungsform im Jahr 2023. Auch die politischen und gesellschaftlichen Debatten um israelbezogenen Antisemitismus reichen lange zurück, auch wenn sie seit dem 7. Oktober 2023 eine neue Intensität in Berlin und bundesweit erreicht haben. Israelbezogener Antisemitismus und andere Erscheinungsformen sind inzwischen an Berliner Schulen und Hochschulen, im Kulturbereich, z. B. in der Club-Szene, sowie im öffentlichen Raum sichtbar geworden; die Debatten darum haben viele Räume gespalten und heftige Konflikte verursacht. Der 7. Oktober ist zwar ein Einschnitt, aber er hat bereits bestehende Formen von Antisemitismus verstetigt sowie verstärkt und verschärft – er hat sie aber nicht hervorgebracht. Die antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober zeigen also, wie die Zahlen und die Auswertung des vorliegenden Berichts belegen, in der Zäsur auch das Kontinuierliche des Antisemitismus.

Am 7. Oktober 2023 verübte die islamistische Terrororganisation Hamas einen Angriff auf Israel und Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung. Insgesamt ermordeten Terroristen der Hamas und anderer Terrororganisationen über 1.200 Menschen und verletzten über 5.000, viele davon schwer. Über 240 Menschen wurden aus Israel in den Gaza-Streifen verschleppt, von denen sich sechs Monate später noch über 100, lebend oder bereits tot, in Gefangenschaft der Hamas und anderer Terrororganisationen befinden. Das Durchbrechen der Sperranlage und die Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung wurden von den Terroristen gefilmt und online, z. T. sogar live, über die Sozialen Medien und Messenger-Dienste verbreitet, in einzelnen Fällen nutzten die Terroristen auch die Social-Media-Accounts und Mobiltelefone ihrer Opfer. Diese Form der Verbreitung des Terrors trug zu seiner globalen Wirkung bei.

In Berlin kam es am 7. Oktober zu antisemitischen und terrorverherrlichenden Reaktionen, teilweise noch während Terroristen Menschen in Israel massakrierten und aus Israel in den Gaza-Streifen verschleppten. Für die Wochen nach dem 7. Oktober dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin einen versuchten Brandanschlag auf eine jüdische Gemeinde sowie Angriffe, Bedrohungen, gezielte Sachbeschädigungen und zahlreiche Fälle verletzenden Verhaltens. Sie ereigneten sich in allen Berliner Bezirken – auf der Straße, in der U-Bahn, im Supermarkt, in der Schule, im Wohnumfeld, im Club.

Der vorliegende Bericht „Antisemitische Vorfälle in Berlin 2023“ stellt zunächst die zentralen Entwicklungen vor, die der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin 2023 bekannt gewordenen sind. Darauf folgt die Auswertung der antisemitischen Vorfälle im Jahresüberblick, anschließend werden die antisemitischen Vorfälle seit dem 7. Oktober eigens behandelt. Um den Einschnitt, den der 7. Oktober hinterlässt, sichtbar zu machen, enthält der Bericht Beschreibungen, Gedanken und Kommentierungen von Berliner Jüdinnen und Juden, wie sie den 7. Oktober erlebt haben und wie sie dessen Auswirkungen in Berlin erfahren – aus einer Instagram-Reihe von RIAS Berlin. Schließlich formuliert der Bericht Beobachtungen zum israelbezogenen Antisemitismus, die in der zivilgesellschaftlichen Dokumentation antisemitischer Vorfälle wahrnehmbar sind.

IM ÜBERBLICK: ZENTRALE ENTWICKLUNGEN 2023

Sprunghafter Anstieg antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober

2023 hat das Projekt 1.270 antisemitische Vorfälle verzeichnet, mehr als in jedem anderen Jahr seit Beginn der Dokumentation. Der Anstieg ist auf die antisemitischen Reaktionen auf die Massaker der Terrororganisation Hamas und anderer Terrororganisationen an der israelischen Zivilbevölkerung vom 7. Oktober und den darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas zurückzuführen. 783 Vorfälle, etwa 62 % der Vorfälle aus dem Jahr 2023, ereigneten sich in den knapp drei Monaten vom 7. Oktober bis Jahresende.

Noch nie wurden so viele Vorfälle dokumentiert wie im Oktober 2023

Der Oktober ist mit 323 Vorfällen der Monat mit den meisten Vorfällen, die das Projekt seit seinem Bestehen im Jahr 2015 bisher dokumentiert hat. Im November wurden 279 Vorfälle registriert, im Dezember waren es 188. In den neun Monaten vor dem 7. Oktober kam es durchschnittlich zu 53 Vorfällen pro Monat. Auch in den Vorjahren hatte es einzelne Monate gegeben, die durch ein stark erhöhtes Vorkommnis herausstachen. So wurden im Mai 2021 225 Vorfälle dokumentiert, im Mai 2018 waren es 163. Auch in diesen beiden Monaten war es infolge der damaligen erneuten Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt zu einer Hochphase antisemitischer Vorfälle gekommen.

Anstieg antisemitischer Gewalt und antisemitischer Bedrohungen

Für das Jahr 2023 insgesamt wurden 2 Vorfälle extremer Gewalt sowie 34 Angriffe dokumentiert. 2022 waren es 1 Vorfall extremer Gewalt und 21 Angriffe gewesen. Gezielte Sachbeschädigungen sind von 31 Vorfällen in 2022 auf 52 Vorfälle in 2023 gestiegen. Es wurden 49 Bedrohungen verzeichnet, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr (24 Bedrohungen).

Antisemitische Vorfälle gegen jüdische oder israelische Einzelpersonen 2023 um 170 % gestiegen

Nach dem 7. Oktober haben sich durchschnittlich etwa 14 Vorfälle pro Woche ereignet, die sich gegen Jüdinnen_Juden und Israelis richteten. 2023 waren in 262 Vorfällen 365 jüdische oder israelische Einzelpersonen betroffen. In 2022 waren es 98 Vorfälle gewesen, in denen 134 jüdische oder israelische Einzelpersonen als Betroffene gezählt wurden.

Jüdisches Leben findet nach dem 7. Oktober weniger sichtbar und offen in Berlin statt

Neben dem Anstieg antisemitischer Vorfälle zeigt sich eine qualitative Veränderung in der Wirkungsweise der Vorfälle seit dem 7. Oktober auf Jüdinnen_Juden, Israelis und sichtbares jüdisches Leben in Berlin. Das Leben von Jüdinnen_Juden, jüdischen Gemeinden und Organisationen in Berlin fand wegen der Zunahme antisemitischer Vorfälle und einer erhöhten Gefährdung seit dem 7. Oktober im öffentlichen Raum nur noch stark eingeschränkt statt. Viele Jüdinnen_Juden ergriffen unmittelbar nach dem 7. Oktober Schutzmaßnahmen, um nicht als jüdisch erkennbar zu sein, oder sie mieden Räume, die ihnen nicht sicher erschienen. Diese umfassenden Auswirkungen sind eine Zäsur für jüdische und israelische Communities in Berlin und müssen neben konkreten antisemitischen Vorfällen berücksichtigt werden.

ÖPNV, Wohnumfeld, Schule, Hochschule: Antisemitische Vorfälle nehmen in Räumen des Alltags zu

Antisemitische Vorfälle waren auch vor dem 7. Oktober ein den Alltag von Berliner Jüdinnen und Juden prägendes Phänomen. Nach dem 7. Oktober ist der Antisemitismus noch raumgreifender geworden, Vorfälle im öffentlichen Nahverkehr und im Wohnumfeld haben deutlich zugenommen. So berichten jüdische Betroffene von Situationen, in denen sie in Bus oder U-/S-Bahnen beschimpft oder angerempelt wurden. Wohnhäuser wurden mit Davidsternen markiert, in anderen Fällen kam es zu antisemitischen Anfeindungen durch Nachbar_innen.

Nach dem 7. Oktober dokumentierte das Projekt 22 antisemitische Vorfälle an Berliner Schulen. 18 dieser Vorfälle ereigneten sich von Angesicht zu Angesicht, z. B. wurden Kinder von ihren Mitschüler_innen antisemitisch beschimpft, bedroht oder auch angegriffen. Auch die Hochschule sticht 2023 als Tatort heraus. Während in den Jahren 2019 – 2022 durchschnittlich etwa 2 Vorfälle pro Jahr an Hochschulen dokumentiert wurden, waren es 2023 29 Vorfälle, 25 davon nach dem 7. Oktober.

Israelbezogener Antisemitismus dominiert das Vorfalleschehen – meist in Kombination mit antisemitischem Othering und Post-Schoa Antisemitismus

Rund 62% der Vorfälle enthielten im Jahr 2023 Elemente des israelbezogenen Antisemitismus. Dieser trat jedoch mehrheitlich in Kombination mit anderen Erscheinungsformen auf. Werden z. B. Jüdinnen_Juden kollektiv beschimpft und im gleichen Zuge Israel dämonisiert, so handelt es sich auch um antisemitisches Othering; wird die Politik Israels mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik

gleichgesetzt, handelt es sich auch um eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr und eine Bagatellisierung der Schoa, sodass sich hier israelbezogener Antisemitismus und Post-Schoa-Antisemitismus überschneiden.

Die meisten Vorfälle wurden aus dem politisch-weltanschaulichen Spektrum des antiisraelischen Aktivismus verzeichnet

Zum ersten Mal seit Beginn der Dokumentation ist der antiisraelische Aktivismus dasjenige politisch-weltanschauliche Spektrum, dem die meisten zuordenbaren Vorfälle (15,5%) zugewiesen werden konnten. Dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum, dem seit 2015 immer die meisten Vorfälle zuordenbar waren, wurden 2023 6,3% zugewiesen.

Gezielte Mobilisierung auf den Straßen mit Bezug zum 7. Oktober und zu den Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas

2023 dokumentierte das Projekt 83 Versammlungen, in deren Kontext sich antisemitische Vorfälle ereigneten, 56 davon wurden nach dem 7. Oktober abgehalten. In 2022 wurden im gesamten Jahr 36 Versammlungen dokumentiert. Der 7. Oktober und der Krieg Israels gegen die Hamas diente als Anlass für eine breite Mobilisierung zu Versammlungen, bei denen in Reden, in Parolen oder auf mitgeführten Transparenten/Plakaten antisemitische Inhalte festgestellt wurden. Auf diesen Versammlungen traten teilweise Akteur_innen aus dem linken/antiimperialistischen, dem islamisch/islamistischen Spektrum sowie dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus gemeinsam auf. Dies zeigt, dass die Israelfeindschaft als verbindendes Element zwischen politischen Milieus fungieren kann, die sich sonst nicht nahestehen.

Online-Vorfälle haben sich nach dem 7. Oktober vervierfacht – trotz eines hohen Dunkelfelds antisemitischer Vorfälle

Auch die antisemitischen Vorfälle, die sich im Internet ereigneten, sind nach dem 7. Oktober stark angestiegen. Während vor dem 7. Oktober wöchentlich im Durchschnitt sechs Vorfälle online verzeichnet wurden, waren es danach mehr als 24 Vorfälle pro Woche. Es ist allerdings für die Zeit nach dem 7. Oktober gerade im Online-Bereich von einem großen Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle auszugehen.

DATENGRUNDLAGE

Die von RIAS Berlin entwickelten Arbeitsweisen und Meldestrukturen innerhalb der jüdischen und nicht-jüdischen Zivilgesellschaft Berlins sind spätestens seit dem Jahr 2017 relativ konstant. Antisemitische Vorfälle und Straftaten werden dem Projekt auf unterschiedlichen Wegen bekannt, dabei machen Meldungen über die Meldeseite www.report-antisemitism.de mit Abstand den größten Anteil aus. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle über E-Mails, institutionalisierte Formen der Übermittlung, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, Presseberichte und Polizeimeldungen. Auch im Rahmen eines proaktiven Monitorings von Versammlungen im öffentlichen Raum durch das Projekt und Partnerorganisationen werden RIAS Berlin antisemitische Vorfälle bekannt. RIAS Berlin erzeugt so den umfassendsten Datensatz strafbarer und nicht-strafbarer antisemitischer Vorfälle in Berlin. Das Projekt kann Vergleiche zwischen den Jahren vornehmen und geographische und thematische Entwicklungen abbilden.

Die Arbeitsweisen des Projekts umfassten für die Jahre 2016 – 2020 auch den Vergleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes des Berliner Landeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität. Anders als in den Jahren 2016–2020 und wie bereits für die Jahre 2021 und 2022 konnte das Projekt für das Jahr 2023 keinen Vergleich mit diesen Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität des Berliner Landeskriminalamts vornehmen – die Daten wurden dem Projekt nicht zur Verfügung gestellt. Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit sieht hierfür mit Stand vom Juni 2023 keine Rechtsgrundlage vorliegen. Als Resultat dieser geänderten Praxis der Berliner Strafverfolgungsbehörde ergibt sich, wie schon in den Vorjahren, eine Unklarheit über die Gesamtheit der staatlich und zivilgesellschaftlich bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle in Berlin im Jahr 2023. Die Aussagefähigkeit des Berichts „Antisemitische Vorfälle in Berlin 2023“ bleibt dennoch bestehen. Auch der Vergleich zum Vorjahr 2022 ist valide, da die Auswertungen jeweils auf einer vergleichbaren Datengrundlage basieren.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2023

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin dokumentierte 2023 insgesamt 1.270 antisemitische Vorfälle in Berlin. Dies ist die höchste Anzahl antisemitischer Vorfälle, die seit Beginn der zivilgesellschaftlichen Dokumentation antisemitischer Vorfälle innerhalb eines Kalenderjahres in Berlin registriert wurden. Im Vergleich zu 2022 beläuft sich der Anstieg auf knapp 50 %.

Der sprunghafte Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin ist auf die antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober 2023, den Tag an dem die Hamas und andere Terrororganisationen Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung verübten, sowie die darauffolgenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas zurückzuführen. 487 antisemitische Vorfälle ereigneten sich in den etwas mehr als neun Monaten vor dem 7. Oktober, 783, rund 62 % der insgesamt registrierten Vorfälle 2023, nach dem Terrorangriff der Hamas bis zum 31. Dezember 2023.

Vorfalltypen

RIAS Berlin dokumentierte 2023 insgesamt 1.270 antisemitische Vorfälle in Berlin. In zwei Fällen handelte es sich um Vorfälle **extremer Gewalt**, darunter ein versuchter Brandanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum in Berlin Mitte. In der Nacht zum 18. Oktober 2023 warfen in den frühen Morgenstunden zwei Vermummte brennende Molotowcocktails auf das Gemeindezentrum. Die Brandsätze verfehlten das Gebäude und erloschen auf dem Gehweg, ein Feuer auf dem Bürgersteig wurde von Sicherheitskräften gelöscht. Gebäude und Mitglieder der Gemeinde blieben unversehrt. Angesichts der angespannten Sicherheitslage für jüdische Gemeinden und Einrichtungen und der Vielzahl antisemitischer Reaktionen auf den 7. Oktober, die von Jüdinnen und Juden persönlich erfahren wurden, hatte der Vorfall zu einer weiteren Erschütterung des Sicherheitsgefühls und einer (noch) stärkeren Einschränkung der Sichtbarkeit von Jüdinnen_Juden in Berlin geführt.

RIAS Berlin dokumentierte 34 **Angriffe gegen Personen**, die nicht lebensbedrohlich waren und keine schweren körperlichen Schädigungen nach sich zogen. Darin enthalten sind Fälle, in denen Personen durch Schläge oder Tritte angegriffen oder mit Gegenständen geschlagen oder beworfen wurden, in anderen Fällen wurden Personen angerempelt oder angespuckt. Die Betroffenen antisemitischer Angriffe waren jüdische und nicht-jüdische Personen, Erwachsene, aber auch Kinder: Vier Angriffe richteten sich gegen Kinder – drei von ihnen waren jüdisch oder israelisch.

Im Vergleich zu 2022 registrierte das Projekt einen Anstieg von etwas mehr als 60 % bei den antisemitischen Angriffen. Nur 2019 und 2018 war die Zahl der Angriffe ähnlich hoch: 2018 erfasste das Projekt 46 Angriffe, 2019 waren es 33. In beiden Jahren umfasste die Datengrundlage der Auswertung antisemitischer Vorfälle allerdings auch die polizeilich erfassten Daten antisemitischer Straftaten in Berlin. Der genaue Anstieg im Verhältnis zu den Jahren vor 2021 kann aufgrund der nicht zur Verfügung gestellten PMK-Daten nicht bestimmt werden.

Antisemitische Angriffe ereigneten sich 2023 in den Bezirken Mitte (14), Neukölln (6), Charlottenburg-Wilmersdorf (4), Friedrichshain-Kreuzberg (3), Pankow (2), Marzahn-Hellersdorf (2), Treptow-Köpenick (1), Steglitz-Zehlendorf (1) und Spandau (1). In sieben Fällen waren die Angegriffenen Teilnehmer_innen von Gedenk-demonstrationen zum 9. November, Solidaritätskundgebungen für die israelischen Opfer der Massaker der Hamas oder Teilnehmer_innen von Solidaritäts-Mahn-wachen vor einem Berliner Gemeindezentrum.

Dem Projekt wurden 2023 52 **gezielte Sachbeschädigungen** bekannt, die sich gegen jüdisches oder als jüdisch wahrgenommenes Eigentum oder Berliner Gedenkort, Mahnmale oder Stolpersteine richteten. Darunter waren 18 Fälle, in denen Orte des Erinnerns betroffen waren, etwa indem Gedenkort zerstört, beschädigt oder beschmiert wurden. So wurde beispielsweise am 12. August in der Nähe des Mahnmals „Gleis 17“ die „BücherboXX“ – eine umgebaute Telefonzelle mit Büchern zum Thema – in Brand gesteckt. Am Tatort wurde ein antisemitisches Bekenner_innenschreiben hinterlassen, das politisch einem rechtsextremen Hintergrund zuordenbar war. Inhaltlich umfasste das Schreiben Formen des Post-Schoa-Antisemitismus, aber auch Inhalte des israelbezogenen Antisemitismus, so sollte durch einen „richtigen Holocaust“ unter anderem auch Palästina befreit werden. Der Mann beging zudem einen versuchten Brandanschlag auf das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Tiergarten sowie einen Brandanschlag auf einen Verein lesbischer Frauen in Neukölln.

Bereits in den Monaten zuvor hatte das Projekt zwei weitere Vorfälle dokumentiert, die sich gegen das Gedenken am Ort des Deportationsdenkmals „Gleis 17“ gerichtet hatten. In einem anderen Fall in Spandau entdeckte eine Person am 13. Juni, dass das Glas vor dem „Ewigen Licht“ des Mahnmals für die zerstörte Synagoge zertrümmert worden war. Sachbeschädigungen an diesem Spandauer



◀ **Grunewald, 12. August:** In der Nähe des Deportationsmahnmals „Gleis 17“ wurde ein Brandanschlag auf die „BücherboXX“, eine umgebaute Telefonzelle mit Büchern zu der Thematik, verübt.

Foto:Annika

Ort des Gedenkens hatte das Projekt bereits 2022 dokumentiert; damals waren Teile des Mahnmals erheblich beschädigt worden. Neun Vorfälle, in denen Stolpersteine beschädigt oder die darauf abgebildeten Namen unkenntlich gemacht wurden, sind dem Projekt 2023 bekannt geworden.

Antisemitische gezielte Sachbeschädigungen richteten sich in 29 der 52 Fälle gegen jüdisches Eigentum. So kam es zu Beschädigungen und antisemitischen Schmierereien im Wohnumfeld von Personen oder den Büroräumen jüdischer Organisationen. Es handelt sich um Fälle, in denen die Mesusa abgerissen und/oder beschädigt wurde, oder es wurden antisemitische Schmierereien vor der Wohnung oder im Hausflur angebracht. Vorfälle im Wohnumfeld verletzen den privaten Raum und sind besonders verunsichernd für Betroffene. Bei diesen Vorfällen waren die Täter_innen in der Regel nicht bekannt und der Hintergrund der Vorfälle unklar. Für Betroffene ist es oft besonders verunsichernd, wenn sie nicht zuordnen können, von wem die antisemitischen Vorfälle ausgehen.

Im Vergleich zu 2022 stiegen die Vorfälle gezielter antisemitischer Sachbeschädigungen um rund 60 % an, wobei der 7. Oktober erhebliche Auswirkungen auf diesen Vorfalltyp hatte. Nur zwölf der insgesamt 52 antisemitischen Vorfälle fanden vor den Massakern der Hamas statt.

Mit 49 **Bedrohungen** ereigneten sich 2023 in Berlin mehr als doppelt so viele Vorfälle dieses Typs im Vergleich zu 2022. In 26 Fällen wurden die Betroffenen von Angesicht zu Angesicht bedroht, 18 Vorfälle registrierte das Projekt, in denen Betroffene online antisemitisch bedroht wurden. Die konkreten und eindeutigen Gewaltandrohungen erreichten sie dann per E-Mail, Messenger oder als Direktnachricht in den Sozialen Medien. Auffällig ist, dass die Zahl der Bedrohungen, die Formen des israelbezogenen Antisemitismus aufwiesen, überproportional hoch war. 2023 war das bei 24 Bedrohungen der Fall, 2022 waren es nur drei Vorfälle; 34 der 49 Bedrohungen ereigneten sich nach dem 7. Oktober.

Außerdem dokumentierte das Projekt 1.121 **Fälle verletzenden Verhaltens**. Vorfälle dieser Kategorie umfassen sämtliche Fälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum und antisemitische Anfeindungen nicht-jüdischer Personen und Institutionen. In den Vorfällen verletzenden Verhaltens sind auch Versammlungen inbegriffen, auf denen es zu antisemitischen Äußerungen kommt. 2023 registrierte das Projekt 83 **Versammlungen** als antisemitische Vorfälle verletzenden Verhaltens, 2022 hatte das Projekt 36 Versammlungen in der Dokumentation antisemitischer Vorfälle in Berlin erfasst.

Betroffene

Die Zahl der Vorfälle gegen Institutionen ist weitgehend konstant geblieben, dagegen hat sich die Zahl der Vorfälle gegen Einzelpersonen mehr als verdoppelt. 2023 waren in 347 Vorfällen 480 Einzelpersonen betroffen (2022: 155 Vorfälle; 203 betroffene Einzelpersonen).¹ 365 dieser Einzelpersonen waren jüdisch oder israelisch (76 %), eine Steigerung um mehr als 170 % im Vergleich zum Vorjahr (134 jüdische/israelische Betroffene).

In 467 Fällen richteten sich die Vorfälle gegen Institutionen (2022: 468). In 394 Fällen waren jüdische, israelische oder als solche adressierte Institutionen betroffen (84,4 %).

Antisemitismus in Berlin ist für Jüdinnen und Juden sowie Israelis nach dem 7. Oktober deutlich spürbarer geworden. Während sich im Zeitraum vor dem 7. Oktober ähnlich wie im Vorjahr im Durchschnitt etwas mehr als 2 Vorfälle pro Woche gegen jüdische oder israelische Personen richteten, waren es ab dem 7. Oktober bis zum Jahresende durchschnittlich 14 Vorfälle in der Woche, in denen Jüdinnen_Juden oder Israelis antisemitisch angefeindet wurden.

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Je nach ihrer inhaltlichen Ausprägung ordnet RIAS Berlin die in Vorfällen getätigten verbalen oder non-verbalen Äußerungen einer von fünf Erscheinungsformen des Antisemitismus zu. Viele Vorfälle lassen sich dabei zwei oder mehr Erscheinungsformen zuordnen, entweder weil bei einem Vorfall unterschiedliche antisemitische Stereotype geäußert werden, oder weil eine Äußerung gleichzeitig die Kriterien für verschiedene Erscheinungsformen erfüllt. Daher ist die Zahl der Zuordnungen zu den Erscheinungsformen höher als die Zahl der Vorfälle.

Der Anteil des **israelbezogenen Antisemitismus** war in keinem Jahr seit Beginn der Dokumentation antisemitischer Vorfälle so hoch wie im vergangenen Jahr. Rund 62 % der antisemitischen Vorfälle, die das Projekt 2023 insgesamt dokumentierte, wiesen Inhalte des israelbezogenen Antisemitismus auf. Ließe sich dies auf den ersten Blick als Auswirkungen des 7. Oktobers und der Kriegshandlungen Israels deuten, ist im Hinblick auf die Auswertung des gesamten Jahres 2023 festzustellen, dass der israelbezogene Antisemitismus auch in den Monaten vor dem 7. Oktober die am häufigsten erfasste Erscheinungsform des Antisemitismus in Berlin in 2023 war. Vor dem 7. Oktober betrug der Anteil dieser Vorfälle über 40 %. Im gesamten Jahr 2022 umfassten die Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus rund 33 %, 2021 waren es etwa 36 %.

¹ Diese Zahl gibt allerdings keinen Aufschluss darüber, ob unter den erfassten Einzelpersonen Personen mehrfach von antisemitischen Vorfällen betroffen waren.



▲ Moabit, 2. April: Auf einem Wandbild werden zahlreiche antisemitische Motive aufgegriffen, darunter der Vorwurf des Kindermords, die antijudaistische Assoziation von Juden mit dem Teufel, die Assoziation mit Geld, ein zentrales Element des modernen Antisemitismus.

38,9% der Vorfälle wurden dem **antisemitischen Othering** zugeordnet. Jüdinnen_Juden wurden in mehr als jedem dritten Vorfall als fremd oder nicht-dazugehörig markiert, oder der Begriff „Jude“ wurde als Schimpfwort verwendet. 2022 lag der Anteil der Vorfälle des antisemitischen Otherings noch bei rund 49%, in absoluten Zahlen hat das Projekt 2023 allerdings mehr Vorfälle dieses Typs dokumentiert (2023: 494, 2022: 415). Unter diesen Vorfällen sind auch solche Fälle, in denen Jüdinnen_Juden für das Verhalten Israels verantwortlich gemacht oder deswegen angefeindet wurden.

Der **Post-Schoa-Antisemitismus** ist weiterhin präsent im Berliner Vorfalldgeschehen. In einem Drittel der antisemitischen Vorfälle 2023 wurde die Schoa bagatellisiert, antisemitisch auf den systematischen Massenmord an den europäischen Jüdinnen_ Juden Bezug genommen oder eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen. Der Post-Schoa-Antisemitismus hat damit zwar anteilig abgenommen (2023: 33,9 %; 2022: 47,4 %; 2021: 47,1 %), die absolute Anzahl der Vorfälle (431) blieb aber ähnlich hoch wie in den Jahren 2022 (402) und 2021 (495).

Deutlich geringer fiel 2023 mit rund 11 % der Anteil des **modernen Antisemitismus** an den durch RIAS Berlin erfassten antisemitischen Vorfällen aus (145 Vorfälle). Mit dem Ende der COVID-19-Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Eindämmung als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle ist auch die Präsenz von antisemitischen Verschwörungsmaythen im Vorfalldgeschehen zurückgegangen.²

Etwas mehr Vorfälle des **Antijudaismus** dokumentierte das Projekt 2023 im Vergleich zum Vorjahr, ihr Anteil lag bei 7 % (2022: 4 %).

Diese Entwicklungen zeigen, dass im Kontext verschiedener Anlässe und Gelegenheitsstrukturen, unterschiedliche Erscheinungsformen in den Vordergrund treten.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Erstmals kamen 2023 die meisten antisemitischen Vorfälle, die einem politisch-weltanschaulichen Spektrum zugeordnet werden konnten, aus dem Milieu des **antiisraelischen Aktivismus** (198 Vorfälle; 15,6 %). Dies steht in einem Zusammenhang mit den antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober, es ist jedoch hervorzuheben, dass dieses Spektrum bereits vor dem Terrorangriff der Hamas dasjenige politisch-weltanschauliche Spektrum war, dem 2023 die meisten Vorfälle zugeordnet werden konnten. Dies stellt eine deutliche Abweichung zu den Vorjahren dar, in denen die meisten Vorfälle stets dem **rechtsextremen/rechtspopulistischen** Spektrum zugeordnet werden konnten. Diesem Spektrum wurden in 2023 6,3 % der Vorfälle (80) zugeordnet, 2022 waren es 15,1 % der Vorfälle (128). Wenngleich weniger rechtsextreme Vorfälle durch das Projekt dokumentiert wurden, ist Antisemitismus rechtsextremer Ideologie immanent. Ein deutlicher Rückgang wurde auch bei Vorfällen verzeichnet, die dem **verschwörungsideologischen** Spektrum zugeordnet werden konnten. 2023 wurden 3,3 % der Vorfälle (42) diesem Milieu zugeordnet, 2022 waren es 13,3 % der Vorfälle (113). Der Rückgang der Vorfälle aus dem rechtsextremen und dem verschwörungsideologischen Spektrum hängt unter anderem damit zusammen, dass die Covid-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung seit Mitte 2022 nicht länger als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle fungieren. In deren Kontext hatten rechte und verschwörungsideologische

² Siehe Verein für demokratische Kultur in Berlin/Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (Hg.): Antisemitische Vorfälle in Berlin 2022, in: <https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische-Vorfaelle-Berlin-2022.pdf>, S. 20–21 (Zugriff am 06.01.2024).

Gruppierungen maßgeblich zu Versammlungen mobilisiert und antisemitische Verschwörungsmymen mit Bezug auf die Pandemie verbreitet. Lediglich 18 Vorfälle wiesen 2023 noch einen Bezug auf die Covid-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf.

Eine deutliche Zunahme konnte bei Vorfällen verzeichnet werden, die dem **islamistisch/islamischen** Spektrum (2023: 36 Vorfälle; 2022: 8 Vorfälle) sowie dem **linken/antiimperialistischen** Spektrum zugeordnet wurden (2023: 35 Vorfälle; 2022: 23 Vorfälle).

Vorfälle aus dem Spektrum der **politischen Mitte** sind 2023 stark zurückgegangen. Aus dem Spektrum der politischen Mitte dokumentierte das Projekt 11 Vorfälle (0,9%), 2022 waren es 42 Vorfälle (5%). Von den Vorfällen aus dem Vorjahr aus diesem Spektrum wiesen viele einen Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf, der sich 2023 weniger auf das Vorfalleschehen auswirkte. Aus dem **christlich/christlich-fundamentalistischen** Spektrum wurden ebenfalls 11 Vorfälle (0,9%) verzeichnet.

Von 1.270 dokumentierten Vorfällen ließen sich 857 (67,5%) keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zuordnen. Bei 193 dieser Vorfälle handelte es sich um Vorfälle, die sich von Angesicht zu Angesicht ereigneten. Diese sind deswegen meist keinem politischen Hintergrund zuordenbar, weil es in der Regel zufällige Begegnungen sind, in denen Unbekannte sich gegenüber Betroffenen antisemitisch äußern oder auch gewalttätig werden. Diese Situationen sind oft kurze und unvorhersehbare Interaktionen, bei denen es keinen weiteren Kontext gibt, der Aufschluss über einen politischen Hintergrund zulässt – z. B. wurde einer Gruppe von Personen auf einer Mahnwache für die Opfer des Massakers der Hamas aus einem Auto im Vorbeifahren „Fick die Juden“ zugerufen; in einer anderen Situation wurden drei Personen, die hebräisch sprachen, von einer unbekannt Person bespuckt. 30 der in 2023 verzeichneten 34 antisemitischen Angriffe konnten keinem politisch-weltanschaulichen Spektrum zugeordnet werden. Die Anonymität von Vorfällen, die sich im Internet ereignen, erschwert ebenfalls eine politische Zuordnung. 376 dieser Vorfälle konnten keinem politisch-weltanschaulichen Spektrum zugeordnet werden – das sind mehr als 70% der Online-Vorfälle. Bei gezielten Sachbeschädigungen wurden 48 von 52 Vorfällen als politisch unbekannt eingeordnet, bei Schmierereien waren es 155 von 185. In diesen Fällen liegen dem Projekt in der Regel keine Informationen über die Täter_innen vor. Auch die Art der Beschädigung oder der Inhalt der Schmiererei erlauben meist keinen Aufschluss über die politische Zuordnung. Der Grund für den stets hohen Anteil nicht zuordenbarer Vorfälle ist, dass Antisemitismus kontinuierlich im Kontext aller politischen Spektren dokumentiert wird und dieselben antisemitischen Stereotype und Narrative Spektrum-übergreifend verwendet werden.

NACH DEM TERROR DER HAMAS: ANTISEMITISCHE REAKTIONEN IN BERLIN AUF DEN 7. OKTOBER UND DEN KRIEG ZWISCHEN ISRAEL UND DER HAMAS

Der Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin um knapp 50 % auf 1.270 dokumentierte Vorfälle ist auf die antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober 2023 und seine Folgen zurückzuführen. Rund 62 % der Vorfälle des vergangenen Jahres ereigneten sich nach den Massakern der Hamas und anderer Terrororganisationen an der israelischen Zivilbevölkerung und während des darauffolgenden Kriegs zwischen Israel und der Hamas. Der 7. Oktober und die antisemitischen Reaktionen darauf hatten umfassende Auswirkungen auf das Leben von Jüdinnen und Juden in Berlin.

Antisemitische Vorfälle ereigneten sich nicht erst im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen Israels. Auf Berliner Straßen, im ÖPNV, bei Versammlungen und online erfolgten erste antisemitische Reaktionen unmittelbar auf den Terror der Hamas, zum Teil noch während die Massaker durchgeführt und Israelis in den Gaza-Streifen verschleppt wurden. In Berlin verteilten Mitglieder der mittlerweile verbotenen Gruppe „Samidoun“ Süßigkeiten an Passant_innen, auf einer Veranstaltung aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum kam es zu einer „Solidaritätsaktion“ für einen Aktivist der Gruppe. Online wurde in diesem Fall die „vollste Solidarität mit dem Widerstand!“ [Anm. d. Verf.: gemeint war die Hamas] erklärt. Am 7. Oktober dokumentierte RIAS Berlin acht antisemitische Vorfälle, die inhaltlich Bezug auf die Massaker der Hamas nahmen.

Mitte, 7. Oktober: Am Berliner Hauptbahnhof tanzte mittags – also zu einem Zeitpunkt, an dem bekannt war, dass Terroristen der Hamas Massaker an israelischen Zivilist_innen durchführten – eine Gruppe junger Menschen und rief „From the river to the sea, Palestine will be free“.

Mitte, 7. Oktober: Während die Hamas Massaker an israelischen Zivilist_innen verübte, unterhielten sich mehrere junge Erwachsene in der S-Bahn und wirkten erfreut über die Berichte von den Opfern der Massaker. Als einer von ihnen erwähnte, dass es bisher 600 Tote gegeben habe, sagte ein anderer, dass er sich „eine Million israelischer Opfer“ wünsche.

Neukölln, 7. Oktober: Am Abend versammelten sich ca. 40 Personen auf der Sonnenallee und skandierten u. a. „From the River to the Sea, Palestine will be free“ und „Von Berlin nach Gaza yallah Intifada“.

Online, 7. Oktober: In einer E-Mail an eine Institution wünscht der Autor_in die Autor_in der Hamas genug Stärke, um „möglichst viele Israelis in den Tod zu schicken oder wenigstens schwer zu verletzen“. Auch die Geiselnahmen werden begrüßt. Die E-Mail schließt damit, dass Jüdinnen_Juden als „Kindermörder“ bezeichnet werden, die in Deutschland nicht willkommen seien.

Im Oktober 2023 registrierte RIAS Berlin 323 antisemitische Vorfälle, mehr als in jedem Monat zuvor. Im November waren es 279 und im Dezember noch 188 Vorfälle. Bis dahin war der Mai 2021 mit 225 Vorfällen der Monat mit den meisten dokumentierten Vorfällen innerhalb eines Monats, als es infolge der damaligen erneuten Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt zu einer Hochphase antisemitischer Vorfälle kam. Ein gravierender Unterschied zu 2021 besteht allerdings darin, dass der Auslöser der antisemitischen Reaktionen keine militärische Auseinandersetzung infolge eines Raketenbeschusses aus dem Gaza-Streifen war, sondern terroristische Massaker, bei denen über 1.200 Israelis ermordet und 240 Menschen als Geiseln in den Gaza-Streifen verschleppt wurden.

Antisemitische Vorfälle stiegen in den Wochen und Monaten nach dem 7. Oktober bis zum Jahresende nicht kontinuierlich an, sondern gingen ab Mitte November sukzessive zurück, als die Anzahl der Vorfälle innerhalb einer Woche erstmalig wieder unter 50 Vorfälle sank. In der Woche nach dem 7. Oktober dokumentierte das Projekt 81 Vorfälle, in der zweiten Woche 113. Die Dynamik des Vorfallgeschehens verlief somit nicht parallel zur Eskalation der Kriegssituation, sondern entwickelte sich auch unabhängig davon. Daraus ist zu schließen, dass es sich nicht allein um antisemitische Reaktionen auf die israelischen Kriegshandlungen in Gaza handelte.

Das Vorfallgeschehen mit Bezug auf den Terrorangriff vom 7. Oktober und den darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas entspricht den antisemitischen Dynamiken einer Gelegenheitsstruktur. Dabei handelt es sich um temporäre Phasen, in denen wie in den Wochen und Monaten nach dem 7. Oktober eine erhöhte Anzahl antisemitischer Vorfälle mit ähnlichem inhaltlichen Bezug durch das Projekt registriert und dokumentiert wird. Anlässe wie politische Ereignisse – zum Beispiel die Eskalation im palästinensisch-israelischen Konflikt –, bestimmte historische Jahrestage oder Debatten bilden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln und können so das Aufkommen von antisemitischen Vorfällen begünstigen. Gezielte Mobilisierungen durch Social-Media-Kampagnen oder auch Versammlungen können solche Entwicklungen verstärken.

DER TERRORANGRIFF DER HAMAS UND ANDERER TERRORORGANISATIONEN AM 7. OKTOBER 2023

Am 7. Oktober 2023 verübte die islamistische Terrororganisation Hamas einen Terrorangriff auf Israel und Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung. Nachdem am frühen Morgen Raketen aus dem Gaza-Streifen auf Israel abgefeuert worden waren, stürmten Terroristen der Hamas und anderer Terrororganisationen die Sperranlage zwischen Gaza-Streifen und Israel zu Land und über die Luft. Sie drangen auf israelisches Staatsgebiet vor, überwältigten militärische Stützpunkte und griffen gezielt Kibbuzim und kleinere Orte im Süden Israels an. Die Terroristen ermordeten israelische Zivilist_innen brutal in ihren Wohnhäusern und Schutzräume, löschten ganze Familien aus. 364 Besucher_innen des Supernova Sukkot Gatherings, einem Musikfestival in Re´im wurden von den Terroristen im Zuge des durch die Hamas koordinierten Angriffs getötet. Insgesamt ermordeten die Terroristen der Hamas und anderer Terrororganisationen über 1.200 Menschen und verletzten über 5.000, viele davon schwer. Dokumentiert sind darunter auch Fälle sexualisierter Gewalt, die Anzahl der dabei verletzten und getöteten Frauen und Mädchen ist unbekannt. Über 240 Menschen wurden aus Israel in den Gaza-Streifen verschleppt, von denen sich sechs Monate später über 100, lebend oder auch bereits tot, noch in Gefangenschaft der Hamas und anderer Terrororganisationen befinden.

Die Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung und das Durchbrechen der Sperranlage wurde von den Terroristen gefilmt und zeitgleich online über die Sozialen Medien und Messenger-Dienste verbreitet, in einzelnen Fällen nutzten die Terroristen auch die Social-Media-Accounts und Mobiltelefone ihrer Opfer. Die Videos und Fotos dokumentierten die Gewaltexzesse, aber auch die Reaktionen der Terroristen, die ihre Taten regelrecht zelebrierten.

Nach ersten militärischen Reaktionen am 7. Oktober und an den folgenden Tagen startete die israelische Armee am 28. Oktober eine Bodenoffensive in Gaza mit dem Ziel, die Hamas und ihre Infrastruktur zu zerstören und die Geiseln zu befreien. Seitdem verschob sich die mediale Aufmerksamkeit auf die Ereignisse in Gaza, während die Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung, die den Krieg verursacht haben, zunehmend in den Hintergrund traten.

Aus der qualitativen Auswertung der dokumentierten Vorfälle geht hervor, dass es bereits während und nach den terroristischen Massakern online, aber auch im öffentlichen Raum in Berlin offene Unterstützung und positive Bezugnahmen auf die Hamas gab, die Massaker wurden mitunter sogar gefeiert. Die Massaker wurden legitimiert, die Hamas und andere Terroristen als „resistance fighters“ verklärt. Antisemitische Vernichtungsfantasien mit Bezug auf den 7. Oktober wurden artikuliert, auch kam es zu Bagatellisierungen und Leugnungen der Massaker. Dabei stellten bestehende antisemitische Denkmuster unmittelbar die Narrative bereit, den Terror des 7. Oktober wahlweise als „legitimen Widerstand“ zu zelebrieren oder jegliche Empathie gegenüber den Opfern abzuwehren – diese wurden als „Colonial Settler“ dämonisiert, durch abwertende Verwendung des Begriffs „Zionisten“ negativ markiert, oder der 7. Oktober wurde als fiktive Propaganda bzw. als „Inside-Job“ gänzlich abgetan.

Neukölln, 13. Oktober: Wenige Tage nach dem Massaker der Hamas an israelischen Zivilist_innen wurde an einem Tag, für den die Hamas zu einem weltweiten „Freitag der Al-Aqsa-Flut“ aufgerufen hatte, bei einer Veranstaltung an einem queer-feministischen Ort auf der Bühne ein Transparent gezeigt, auf dem u. a. das Verhältnis zwischen Israel und Palästina als „Siedlerkolonialismus“ bezeichnet wurde, gegen den „Widerstand gerechtfertigt“ sei. Diese Botschaft signalisiert einen zustimmenden oder zumindest legitimierenden Bezug auf den Terrorangriff der Hamas. Einige Anwesende im Publikum jubelten und riefen „free Palestine“. Die Moderator_innen/Veranstalter_innen distanzieren sich von der Aktion.

Online, 18. Oktober: Als Kommentar auf einen Instagram-Post zum Tweet eines Journalisten, in dem es auch um antisemitische Vorfälle in Berlin ging, erhielt ein jüdischer User folgende Antwort: „Es Sind die Zionisten die unsere Nachkommen skrupellos töten und unser Land stehlen. Die Ummah sollte nicht ruhen bis jeder letzte dieser Kakerlaken ausgelöscht ist. Tod den zionisten. Bis jeder letzte Kopf über den boden rollt. Hätten die Kugeln doch eher verdient“. [Fehler im Original]

Neukölln, 20. Oktober: Eine jüdische Person befand sich in einem Supermarkt, als eine Gruppe aggressiv auftretender Männer den Laden betrat und mehrfach „Free Palestine“ durch den Laden rief. An der Kasse bekundete ein Kassierer der Gruppe laut seine Unterstützung. Er sagte weiter: „Auch im zweiten Weltkrieg waren es immer die Zionisten. Zionisten sind das Übel der Welt.“ Die Gruppe unterhielt sich dann noch darüber, wie schlimm die Zionisten seien. Niemand im Supermarkt reagierte darauf.

Weitreichende Auswirkungen auf das Leben von Jüdinnen und Juden

Dass es im Zuge von Konflikten im Nahen Osten zu einem Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin kommt, ist kein neues Phänomen. Eine qualitative Veränderung zeigt sich jedoch in der Wirkungsweise der Vorfälle seit dem 7. Oktober auf Jüdinnen_Juden und Israelis sowie in den Folgen: Jüdisches Leben findet weniger sichtbar und weniger offen in Berlin statt. Infolge der enthemmten Gewalt gegen Israelis am 7. Oktober, des Aufrufs der Hamas zu einem weltweiten „Freitag der Al-Aqsa-Flut“ und der Präsenz von Antisemitismus und Terrorverherrlichung in Berlin wurden zunächst die Sicherheitsmaßnahmen vor jüdischen Einrichtungen in Berlin erhöht. In den Wochen unmittelbar danach sagte ein jüdischer Fußballverein ein Spiel ab, jüdische Kinder wurden teilweise nicht in die Schule geschickt, und in einem Fall wurde bekannt, dass ein israelisches Gewerbe zwei Tage geschlossen blieb.

Jüdinnen_Juden ergriffen nach dem 7. Oktober vermehrt Maßnahmen, um nicht als jüdisch erkennbar zu sein, oder sie mieden Räume, die ihnen nicht sicher erschienen. Eine Mütze über der Kippa, ein Schal über dem Davidstern-Anhänger, auf der Straße kein Hebräisch sprechen, den Instagram-Feed nicht in der Bahn lesen, die Mesusa von der Tür entfernen: Die Liste solcher Maßnahmen ließe sich fortsetzen. Sie basieren auf dem kollektiv geteilten Wissen, dass es zu antisemitischen Reaktionen auf jüdische Symbole, Zeichen und eine generelle Sichtbarkeit jüdischen Lebens kommen kann, verbal oder auch physisch. Wegen der Zunahme antisemitischer Vorfälle und einer erhöhten Gefährdung seit dem 7. Oktober findet jüdisches Leben, das als solches erkennbar ist, in Berlin im öffentlichen Raum nur noch stark eingeschränkt statt.

Betroffene von antisemitischen Vorfällen berichteten darüber hinaus regelmäßig davon, dass sie keine Unterstützung oder Solidarität im Umgang mit antisemitischen Anfeindungen erfuhren. Ob am Arbeitsplatz oder in der U-Bahn, aber auch im Kulturbereich Berlins, z. B. in Räumen der Club- und Musikszene, erlebten Jüdinnen_Juden neben antisemitischen Vorfällen auch Formen der Entsolidarisierung und einen Mangel an Empathie. An Berliner Hochschulen wurden Versammlungen, aber auch Agit-Prop-Aktionen veranstaltet, bei denen auf das Leid palästinensischer Zivilist_innen, nicht aber auf die jüdischen Opfer der Massaker vom 7. Oktober hingewiesen wurde. Diese Unsichtbarmachung der Opfer der Hamas-Angriffe kann von Jüdinnen_Juden und Israelis als Akt der Entsolidarisierung erlebt werden, der wie auch die Konfrontation mit konkreten antisemitischen Vorfällen stark belastend ist. Einzelne Betroffene berichteten davon, dass sie sich aus diesen Räumen zurückgezogen hatten. Diese umfassenden Auswirkungen bedeuten eine Zäsur für jüdische und israelische Communities in Berlin und müssen neben konkreten antisemitischen Vorfällen berücksichtigt werden.

TEL AVIV, 7.10.2023*

07:34 Uhr Tel Aviv, Israel

Um diese Uhrzeit hörte ich im Halbschlaf Sirenen.

Ich hörte sie bereits einige Monate zuvor.

Anfang dieses Jahres, als bereits Unruhen in Israel herrschten, als ein Raketenhagel auf Israel einprasselte, ein Tag im März:

An diesem Tag ging ich mit einem mulmigen Gefühl zu Bett.

Ich schlief unruhig, um im Schlaf bloß die Sirenen nicht zu überhören, falls sie ertönen sollten.

Es blieb ruhig.

In dieser Nacht im März ertönten keine Sirenen.

Doch letzte Nacht war anders.

Gestern wachte ich um 07.34 auf.

Von lauten Sirenen aus dem Schlaf gerissen.

Ich konnte die Töne vorerst nicht zuordnen.

Es kam unerwartet.

Ich griff sofort zu meinem Handy und sah die zahlreichen Pushnachrichten von diversen Nachrichtendiensten:

„Israel unter Beschuss“

„ Hamas feuert Raketen auf Israel ab“

„Sirenen ertönen in Tel Aviv“

Ich griff zu meinem Haustürschlüssel, um mich umgehend ins Treppenhaus zu begeben.

Der Großteil der Wohnungen in Tel Aviv besitzt keine Schutzräume.

Es sind meist alte Gebäude.

Bei Raketenbeschuss begibt man sich in das Treppenhaus, weil dieses bei Beschuss den bestmöglichen Schutz bietet.

Bevor ich das Treppenhaus erreichen konnte, wurde die gesamte Wohnung von einem lauten Knall erschüttert.

Ich schrak zusammen.

Der Iron Dome (Baruch Hashem)

wehrte die Rakete ab, die auf den Norden Tel Avivs zuflog.

Ich hetzte in den Hausflur.

Ich sah einige weitere Hausbewohner:

Ein kurzes:

„Hi Ma'kore. Kol beseder?“

(Hi, wie geht's. Alles in Ordnung?)

Danach saßen wir einige Minuten schweigend im Hausflur auf den kalten Stufen.

Danach ging ich zurück in meine Wohnung.

08.14 Uhr Tel Aviv, Israel

Ich scrollte durch diverse Social Media Apps.

Ich sah Videos, die zeigten, wie bewaffnete Hamas Terroristen Städte im Süden infiltrierten, wahllos um sich herum schossen.

Ich hörte Zivilisten schreien und weinen.

In diesem Moment realisierte ich:

Es ist anders.

Es ist nicht der „übliche“ Raketenhagel, der 2–3-mal im Jahr über israelische Städte einprasselt.

* Die Berlinerin Noa Luft erlebte den 7. Oktober in Tel Aviv und formulierte in diesem Text ihre Gedanken dazu.

Es ist anders.
Ich scrollte weiter, wechselte von App zur App, von Nachrichtendienst zu Nachrichtendienst, von Live stream zu Live stream.
Dort sah ich, wie israelische Zivilisten in ihren Häusern und auf offener Straße von Hamas Terroristen exekutiert wurden.
Das Ganze wird gefilmt und auf Social Media Plattformen gestreamt.
Alte Menschen, Frauen und Kinder werden als Geiseln genommen und in den Gazastreifen verschleppt.
Junge Erwachsene, die ein Festival in der Wüste im Süden Israels besuchten, werden massakriert.

Es ist anders.

Zum 50. Jahrestag des Yom Kippur Krieges 1973, am jüdischen Feiertag Simchat Torah, ein Freudentag, an Shabbat werden unzählige israelische Zivilisten ermordet, entführt und in Angst und Schrecken versetzt.

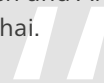
Das israelische Volk wurde erneut überrascht und angegriffen.

Es ist mir egal, welche Haltung man zur aktuellen israelischen Regierung hat, welche innenpolitischen Konflikte seit Monaten dieses Land prägen.

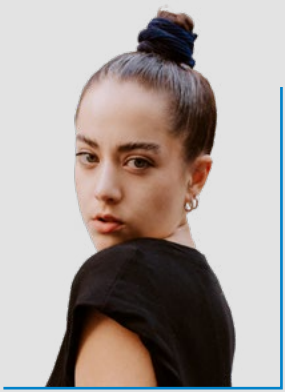
NICHTS, REIN GAR NICHTS rechtfertigt die mörderischen Machenschaften, die die Hamas in diesem Moment gegenüber dem jüdischen Volk hier in Israel ausübt.

Die gesamte globale jüdische Bevölkerung bangt um die israelische Bevölkerung, sie fühlt mit ihr und betet für sie.

Ich bete für die Opfer,
ihre Familien und Angehörigen.
Am Israel Chai.



Noa Luft



Noa Luft ist ehemalige Geschäftsführerin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) und war von Oktober 2021 bis Oktober 2023 als Vorstandsmitglied im Jungen Forum Berlin e. V. der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft e. V. (JuFo Berlin) tätig. Innerhalb der JSUD war sie insbesondere in den Projekten der Jüdischen Campuswoche und der Solidaritätskampagne, für die vom Attentat auf die Synagoge in Halle betroffenen Tekin-Brüder involviert. Noa Luft: „Mir ist es wichtig, dass sich in der jungen jüdischen Generation ein positives Verständnis der eignen jüdischen Identität etabliert“. Ziel ihres Engagements beim JuFo Berlin war es, die deutsch-israelischen Beziehungen weiter zu stärken und ein positives Narrativ von Israel in die Berliner Gesellschaft zu tragen. Noa lebt und arbeitet heute in Tel Aviv, Israel.

BERLINER PERSPEKTIVEN

Seit dem 7. Oktober hat sich die Realität von Jüdinnen_Juden in Deutschland, gerade auch in Berlin, grundlegend verändert. Sechs jüdische Personen, die eine aktive Rolle in unterschiedlichen Bereichen jüdischer Communities in Berlin ausüben, haben ihr Empfinden und ihre Wahrnehmungen des Antisemitismus in der Stadt nach dem 7. Oktober mit dem Projekt für die Instagram-Reihe „Berliner Perspektiven“³ geteilt. Sie sprechen von ihren persönlichen Gefühlen, Haltungen und Wünschen, die sie nach dem 7. Oktober beschäftigen.

Mia Aviva, 08.02.2024

Berlin war auch vor dem 7. Oktober kein Ort, an dem sich Jüdinnen und Juden uneingeschränkt bewegen konnten. Dies weder in Institutionen, an Universitäten noch im Stadtgeschehen. Was wir aber seit dem Pogrom vom 7. Oktober beobachten können, ist eine zivilgesellschaftliche „Realitätsflucht“, die in einer selbstbewussten Leugnung jüdischer Lebensrealitäten mündet.

Als ehemalige Studentin der Universität der Künste und Kulturarbeiterin nehme ich diese Normalisierung vor allem im Kunst- und Kulturbetrieb wahr. Wenn in Berlin arbeitende Kuratoren Massaker an Jüdinnen und Juden als „poetic justice“ betiteln können oder Studierende der UdK zum „Strike for Palestine“ aufrufen, nach dem sie bei vielen von uns Erinnerungen an die Lynchmorde von Ramallah hervorriefen, dann haben diese „Interventionen“ reale Auswirkungen auf jüdische/ antisemitismuskritische Künstler_innen und Kulturarbeitende und auch auf Rezipienten von Kultur/Kunst. Obsessive Israelkritik gehört mittlerweile zum guten Ton innerhalb popkultureller Szenen, die immer auch in die Zivilgesellschaft hineinwirken. Wenn Kultur nicht mehr ohne Antisemitismus funktioniert, ist es Zeit für eine neue Avantgarde.

Weder die Politik noch die Zivilgesellschaft kann heute den Hass gegen Jüdinnen und Juden in Deutschland leugnen. Wer jetzt nicht aktiv für jüdisches Leben einsteht, jüdisches Leben schützt, der sollte zu Israel besser schweigen.



Mia Aviva ist Creative Producerin und war bis 2023 Stipendiatin des Absolventenprogramms der Universität der Künste. Ausgehend von ihrem interdisziplinären Gestaltungsansatz begleitete sie eine Vielzahl an Performance- und Theaterproduktionen an großen Kulturinstitutionen. Seit 2023 ist sie Teil des Instituts für Neue Soziale Plastik, bei dem sie zuletzt die Veranstaltungsreihe „Reclaim Kunstfreiheit. Antisemitismuskritik, Kunst und Kultur“, kuratierte.

3 https://www.instagram.com/p/C3DZyY6MTdD/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRIODBiNWFIZA==, (Zugriff 30.04.2024). Um die Auswirkungen des 7. Oktober auf Berliner Juden_Jüdinnen zu veranschaulichen, wurde entschieden, die Beiträge hier erneut zu veröffentlichen. Eine redaktionelle Bearbeitung durch RIAS Berlin fand nur in Ausnahmefällen statt.

Sharon Adler, 09.02.2024

Seit dem 7. Oktober ist die Welt in Israel und in der gesamten jüdischen Community eine andere. Die Bilder der ermordeten Kinder, Frauen und Männer, die Bilder der Geiseln, der zerstörten Leben und Kibbuzim sind ein Teil unserer Gegenwart und werden für immer ein Teil unserer Zukunft sein. Diese Bilder werden wir nie vergessen. Für sie müssen wir immer und überall laut sein, wenn ihre Geschichte geleugnet oder verschwiegen wird.

Ich bin in Berlin-Neukölln geboren, bin dort zeitweise bei meiner Urgroßmutter aufgewachsen, die die Shoah knapp überlebte. Ich mag es mir nicht vorstellen, wie sie heute die schockierenden Nachrichten aus Israel aufnehmen würde. Wie sie die Bilder von jungen Leuten belasten würden, die auf den Straßen Neuköllns ganz unverhohlen das barbarische Massaker feiern.

Es schmerzt auch das Schweigen der Club- und Musikszene und der Kulturinstitutionen. Vor allem das der Fraueninitiativen. Das Schweigen der Mehrheitsgesellschaft ist laut. Und unerträglich. Unerträglich laut. Auch auf persönlicher Ebene habe ich Enttäuschungen erlebt. Es schmerzt, in den Tagen nach dem 7. Oktober in den Sozialen Netzwerken die lachenden Gesichter von Menschen zu sehen, mit denen ich „befreundet“ bin, die sich gerne gegen Rassismus und Antisemitismus positionieren, wenn die Kameras auf sie gerichtet sind. Die sich gerne an meiner jüdischen Schulter ausweinen, wenn sie an Holocaustgedenktagen ihre Betroffenheit über die in der Shoah ermordeten Jüdinnen und Juden entdecken. Euer Schweigen nehme ich nicht mehr hin. Friendship over.

Meine Forderung an die Politik: Jüdische wie nichtjüdische zivilgesellschaftliche Personen und Organisationen warnen seit Jahren vor der Gefahr, die vom Iran ausgeht, und fordern das Ende der wirtschaftlichen Beziehungen mit diesem autokratischen Regime. Was ist passiert? Nichts. Im Gegenteil, die Deals laufen weiter und Handshakes mit Mullahs sind im politischen Geschäft in Deutschland an der Tagesordnung. Business as usual.

Von der Politik wünsche ich mir, dass die milliardenschweren Deals mit dem Iran endlich gestoppt werden, alles andere ist Heuchelei und die Krokodilstränen, das vielbeschworene „Nie wieder“ oder die zahlreichen Beteuerungen, man stünde „fest an der Seite Israels“ nur eine Floskel.



Sharon Adler ist Journalistin, Publizistin, Moderatorin und Fotografin. Sie gründete 2000 das Online-Magazin und Informationsportal für Frauen AVIVA-Berlin. Als freie Fotografin setzt sie u. a. seit mehreren Jahren die Motive für eine Antidiskriminierungs-Kampagne des Landes Berlin um. Sie hat Projekte zu jüdischem Leben in Deutschland initiiert, z. B. das Dialogprojekt für Jüdinnen und Muslima: „Schalom Aleikum“ und sie ist Vorstandsvorsitzende der Stiftung ZURÜCKGEBEN. Für die Bundeszentrale für politische Bildung ist sie seit 2020 Mitherausgeberin der Reihe „Jüdinnen in Deutschland nach 1945. Erinnerungen, Brüche, Perspektiven“.

Sigmount Königsberg, 16.02.2024

In meiner Wahrnehmung haben sich Jüdinnen und Juden noch nie so unsichtbar gemacht wie zurzeit. Nicht nur, dass die Gemeindezeitung im neutralen Umschlag versandt wird oder man – sofern man Kippa trägt – diese meistens unter einer Basecap versteckt – das ist seit Jahren der Fall. Dies hat sich nach dem Überfall der Hamas drastisch verschärft.

Nachdem in dieser Stadt nicht nur das Pogrom vom 7. Oktober gefeiert wurde, sondern auch Privatwohnungen von Jüdinnen und Juden mit dem Davidstern markiert wurden, antisemitische Propaganda in Wort, Bild und Schrift einen auf Schritt und Tritt begleiten, meiden es sehr viele Gemeindemitglieder, ihre jüdische Identität offen zu zeigen: So werden Namen von Klingelschildern entfernt, man lässt das Taxi ein Stück von der Wohnung entfernt halten, in der Öffentlichkeit wird nicht Hebräisch gesprochen. Im „Jüdischen Berlin“, der Gemeindezeitschrift, werden zu ihrem Schutz nur noch die Anfangsbuchstaben der Namen der Gratulanten abgedruckt.

Der unvermittelte und unprovokierte tätliche Angriff auf einen jüdischen Studenten in Berlin ist eine weitere Eskalation.

Nicht nur der Angriff selbst, vor allem aber die erste Reaktion der Universitätsleitung darauf, trug nicht dazu bei, jüdischen Studierenden ein Gefühl der Sicherheit zu geben.

Vielmehr verstärkte sich deren Verunsicherung, die viele spätestens seit dem 7. Oktober 2023 spüren und manche (so auch ich) fragten sich: hat die Treibjagd auf Juden begonnen? Sind Juden zum Freiwild geworden?



Sigmount Königsberg ist Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegen Antisemitismus und sieht sich in erster Linie als Ansprechpartner für Personen, die sich Antisemitismus ausgesetzt sehen. Des Weiteren kooperiert er mit Behörden, Organisationen und Netzwerken um eine erhöhte Sensibilisierung der Gesellschaft zu erreichen.

Alexander Rasumny, 27.03.2024

Eine erschreckende Beobachtung war die Geschwindigkeit der Radikalisierung v. a. in den Altersklassen der aktuellen Schüler_innen und Studierenden. Innerhalb kürzester Zeit hat sich, befeuert durch eine Welle an Desinformation in den Social Media, eine derart aggressive Grundstimmung eingestellt, dass es m. E. sehr viel Arbeit benötigen wird, diese jungen Menschen für Argumente empfänglich zu machen und ihnen ein Grundverständnis der Wirkungsweisen des Antisemitismus zu vermitteln. Bei vielen wird man vermutlich nie Erfolg haben. Frustrierend war auch, wie sehr die Diskussion um Antisemitismus nach dem gleichen Schema verlief wie in den letzten Jahren – nunmehr aber nach den heftigsten antisemitischen Gewalttaten seit Jahrzehnten und ihrer offenen Unterstützung auf deutschen Straßen. Ich hatte regelrecht Déjà-vus: Ob die Frage nach dem Antisemitismusbegriff oder diejenige nach dem politischen Hintergrund der antisemitischen Straftaten, es ist, als hätten wir uns seit Jahren nicht von der Stelle bewegt. Sowohl in der Politik als auch in der Zivilgesellschaft wären weniger Instrumentalisierung und mehr Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Sorgen und Bedürfnissen jüdischer Menschen angebracht. Wir haben in den letzten Wochen mehrere vermeintliche Handlungsansätze gegen Antisemitismus gesehen, bei denen fragwürdig ist, ob es wirklich darum geht, jüdischen Communities zu helfen, oder um das Voranbringen der eigenen politischen Agenda. Ebenfalls würde ich mir wünschen, dass mehr Menschen begreifen, dass Antisemitismus auch mit ihnen und ihrem Handeln zu tun hat. Dass wir es im Privaten wie in der Öffentlichkeit andauernd mit Abwehrreaktionen zu tun haben, anstatt dass die eigene Befindlichkeit hintangestellt und Kritisierenden zugehört wird, ist letztendlich genauso Folge eines instrumentellen Verhältnisses zu jüdischen Menschen.



Alexander Rasumny ist Leiter der Kommunikation und Pressesprecher bei der Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung OFEK e. V.

Naomi Henkel-Guembel, 02.04.2024

In der Zeit seit dem 7. Oktober habe ich, wie viele andere auch, eine Reihe von Freundschaften verloren; Menschen, die mir nahestanden, die mich unterstützt haben, die ich unterstützt habe, mit denen ich zusammengearbeitet habe und mit denen ich zusammen Träume verwirklicht habe und weiter verwirklichen wollte. Antisemitisches Denken ist in alle Teile der Gesellschaft durchgesickert und wir beobachten jetzt die Früchte dessen – in Äußerungen, in Handlungen – wie wir uns es nicht hätten ausmalen können vor dem 7. Oktober. Wie eine Welle rollt, ja überrollt uns sogar, der Antisemitismus in all seinen Formen. Sorge macht mir zudem auch das Erstarken rassistischer und weiterer menschenfeindlicher Tendenzen. Wir werden dadurch mehrfach zur Projektionsfläche und häufig genug leider, leider auch zur Zielscheibe – von verbaler, von physischer Gewalt und erfahren Ausgrenzungen, selbst in einer Stadt wie Berlin.

Ich wünsche mir, dass man Komplexität Platz gibt und Gleichzeitigkeiten aushält. Komplexitäten Platz geben bedeutet für mich, im ersten Schritt ein Maß an Menschlichkeit und im zweiten Schritt auch Bescheidenheit an den Tag zu legen, um – genuin – Betroffenheiten und Ängste anzuerkennen. Sich auch mal einzugestehen, dass das eigene Wissen um den Nahost-Konflikt und seine Auswirkungen Grenzen hat. Die Vorstellung, man hätte das Monopol der Wahrheit, äußert sich häufig gewaltvoll – ob verbal in persönlichen Begegnungen, online oder sogar physisch bei Aufeinandertreffen. Gerade das ist im Umgang mit Betroffenen kontraproduktiv: Es schürt mehr Ängste, Misstrauen und Vorbehalte. Nicht wenige ziehen sich in die Unsichtbarkeit zurück, wollen nicht als Jude_Jüdin, Israeli_n erkannt werden. Leider beobachte ich, dass wir Juden_Jüdinnen, Israelis sich immer mehr mit dieser Welle von Gewalt konfrontiert sehen und ein Maß an Menschlichkeit und daraus wachsender Empathie, wie auch Bescheidenheit leider viel zu häufig viel zu kurz kommt. Stattdessen wird moralisiert, verleugnet, angefeindet und angegriffen. Die Ängste und das Trauma werden nicht gesehen, ja sogar abgesprochen und bagatellisiert. Ich hoffe und bete für mehr respektvolle, zwischenmenschliche Begegnungen auf Augenhöhe.



Naomi Henkel-Guembel ist Verhaltenstherapeutin. Sie hat den Anschlag auf die Synagoge in Halle überlebt und war Nebenklägerin im Prozess gegen den Attentäter. Sie ist Mitinitiatorin des Festivals of Resilience, welches mit anderen Betroffenen rechter Gewalt, so wie auch Aktivist_innen und wichtigen Denker_innen unserer Zeit begangen wird. Sie engagiert sich in bildungspolitischen Projekten inner- und außerhalb der jüdischen Community, in denen sie (sozial-)psychologische, politische und religionsbezogene Ansätze vereint.

Anna Staroselski, 18.04.2024

Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine erdrückende Sisyphos-Arbeit. Dabei geht es im Grunde darum, Selbstverständlichkeiten einzufordern, wie dass antisemitische Schläger keinen Platz an Unis haben dürfen, oder dass der deutsche Staat nicht Verbreitung von Juden Hass finanzieren soll oder dass Straftäter verurteilt werden müssen. Das Hamas-Massaker vom 7. Oktober hat weltweit einen grenzenlosen Israelhass entfacht. Es scheint, als würde seither die Welt Kopf stehen: Queers solidarisieren sich mit Islamisten und Terror wird als Freiheitskampf zelebriert, während einem demokratischen Staat, der unsere westlichen Werte gegen menschenverachtende Terroristen verteidigt, Genozid vorgeworfen wird. In deutschen Großstädten ist eine aggressive israelfeindliche Stimmung zu spüren, die sich vor allem gegen Jüdinnen und Juden richtet. In meinem Umfeld planen jüdische Bekannte Deutschland zu verlassen, weil sie hier keine antisemitismusfreie Zukunft sehen und ich frage mich, wie lange ich noch die Kraft haben werde, für eine sichere und selbstbewusste jüdische Zukunft hierzulande zu kämpfen. Politische Maßnahmen liegen schon lange auf dem Tisch, sie müssen nur endlich konsequent umgesetzt werden. Dafür fehlt allerdings offenbar der politische Wille. Sich an Jahrestagen als „Judenfreund“ zu inszenieren, ist in der Politik beliebt, aber Taten auf Worte folgen zu lassen, erfordert Mut.

Anna Staroselski ist die Sprecherin des deutsch-jüdischen Vereins Wertelinitiative e. V., einem politischen, überparteilichen und gemeinnützigen Verein, der sich als eine Stimme der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland etabliert hat. Die Wertelinitiative setzt sich dafür ein, die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aus jüdischer Sicht zu stärken. Anna Staroselski studiert Geschichte im Master an der Humboldt-Universität zu Berlin. Außerdem setzt sie sich als Vizepräsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft für die Stärkung der deutsch-israelischen Beziehungen ein. Zuvor engagierte sie sich als Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland – der bundesweiten politischen Interessenvertretung junger Jüdinnen und Juden im Alter zwischen 18 und 35. Anna Staroselski ist als Tochter jüdischer Kontingentflüchtlinge aus der Ukraine 1996 in Stuttgart geboren und aufgewachsen.



Anstieg antisemitischer Gewalt und Bedrohungen seit dem 7. Oktober

Antisemitische Vorfälle nach dem 7. Oktober waren in der Tendenz gewaltvoller und trafen Jüdinnen_Juden in Berlin häufig unmittelbarer als in den Wochen und Monaten vor dem 7. Oktober 2023. 70 % der Vorfälle antisemitischer Gewalt sowie Bedrohungen des Jahres 2023 ereigneten sich nach dem Terrorangriff der Hamas. Darunter die beiden Vorfälle extremer Gewalt, sowie 20 der insgesamt 34 weiteren Angriffe.

Antisemitische Angriffe gegen Personen haben nach dem 7. Oktober zugenommen. Vor dem 7. Oktober 2023 dokumentierte RIAS Berlin 14 Angriffe, danach waren es bis zum Jahresende 20 Angriffe. Davon registrierte das Projekt zehn im Oktober, sechs im November und vier im Dezember. Durchschnittlich ereigneten sich vor dem 7. Oktober 1–2 antisemitische Angriffe pro Monat, nach den Massakern der Hamas und anderer Terrororganisationen an der israelischen Zivilbevölkerung waren es im Schnitt 1–2 Angriffe pro Woche. 15 der 20 Angriffe wiesen einen Bezug zu den Terrorangriffen der Hamas oder den Krieg in Gaza auf.

Vorfalltypen vor und nach dem 7. Oktober

Vorfalltypen	Gesamt 2023	01.01.–06.10.	07.10.–31.12.
Extreme Gewalt	2		2
Angriffe	34	14	20
Gezielte Sachbeschädigungen	52	12	40
Bedrohungen	49	15	34
Verletzendes Verhalten	1121	439	682
Massenzuschriften	12	7	5
Insgesamt	1.270	487	783
Versammlungen	83	27	56

Zudem kam es nach dem 7. Oktober vermehrt zu gezielten Sachbeschädigungen. So fanden 40 der insgesamt 52 Fälle in diesem Zeitraum statt. Besonders schwerwiegende Folgen für das Sicherheitsgefühl jüdischer Communities in Berlin hatten die antisemitischen Markierungen an Häusern oder Wohnungen, die auch in der medialen Berichterstattung thematisiert wurden. Das Projekt dokumentierte 19 antisemitische Markierungen, viele davon an Häusern mit jüdischen Bewohner_innen. Diese Markierungen erinnern an die Kennzeichnungspraxis der Nationalsozialisten, die z. B. jüdische Geschäfte mit einem Davidstern markierten. Solche Markierungen können von Betroffenen auch als öffentliche Identifizierung von Zielen potentieller Angriffe wahrgenommen werden. Bislang wurde nicht bekannt,



◀ **Neukölln, 5. November:**
Neben eine Eingangstür
geschmierter Davidstern.

dass es infolge der Markierungen zu Angriffen kam. Werden diese im unmittelbaren Wohnumfeld entdeckt, kann dies das eigene Sicherheitsgefühl grundlegend erschüttern. In der Regel sind die Täter_innen in diesen Fällen nicht bekannt. Die Ungewissheit, von wem die antisemitische Bedrohung ausgeht, verstärkt die Verunsicherung: Ist der_die Täter_in ein_e Nachbar_in? Hat der_die Täter_in Zugang zum Haus?

34 Bedrohungen erfasste das Projekt ab dem 7. Oktober bis Jahresende, im gesamten Jahr waren es 49 Fälle dieser Art. 16 der 34 Vorfälle ereigneten sich von Angesicht zu Angesicht, in 16 weiteren Vorfällen wurden die Betroffenen online, in den Sozialen Medien per Direktnachricht oder via Email bedroht. An den Fällen antisemitischer Bedrohungen werden die enthemmten Gewalt- und Vernichtungsvorstellungen sichtbar. So wurde einer Person z. B. gewünscht, von Raketen ermordet zu werden – als Grund wurde in den digitalen Nachrichten der Krieg in Gaza genannt.

Friedrichshain-Kreuzberg, 21. Oktober:

Der Betroffene stand an einer Bushaltestelle, als eine Gruppe Jugendlicher nah an ihm vorbeiging und sich dann vor ihm aufstellte. Die Jugendlichen fragten, ob er schon einmal „abgezogen“ worden sei. Einer von ihnen sagte etwas auf Arabisch, der Meldende verstand nur das Wort „Yahudi“. Einer der Männer fragte dann, ob er für Israel oder für Palästina sei. Er entgegnete, dass er in Ruhe gelassen werden möchte, dennoch wurde die Frage drängender wiederholt. Er entgegnete, er habe keine

Meinung dazu. Zwei Männer umkreisten ihn aggressiv, immer wieder fiel der Begriff „Yahudi“. Der Wortführer meinte, dass das, was die Israelis im Gazastreifen täten, das gleiche sei wie das, was Hitler den Juden angetan habe. Der Meldende fühlte sich bedrängt und versuchte der Situation zu entgehen, indem er „Aha“ und „Glaube eher nicht“ antwortete. Daraufhin setzte der Mann nach, dass alle Juden Müll seien. Als ein Bus kam, ließ die Gruppe von ihm ab.

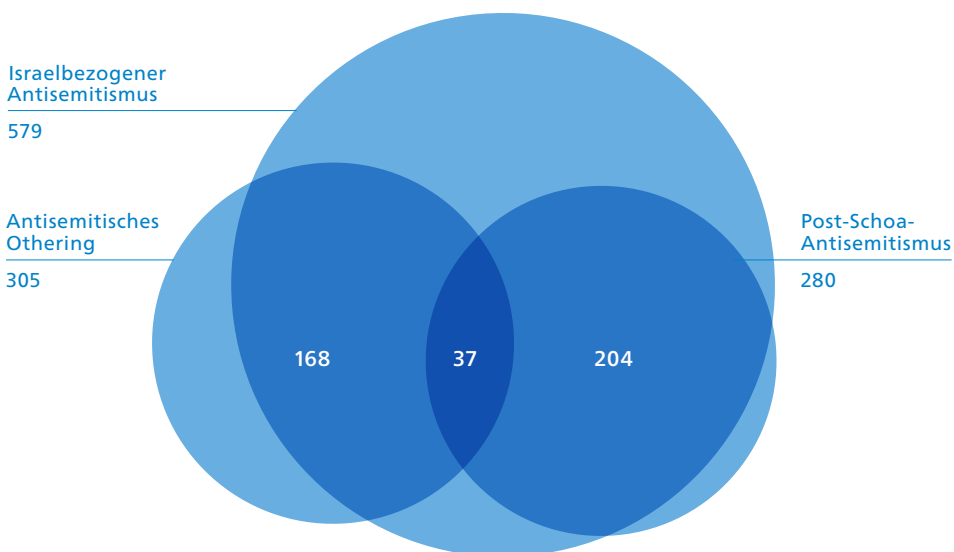
Israelbezogener Antisemitismus häufiger in Verbindung mit anderen Erscheinungsformen

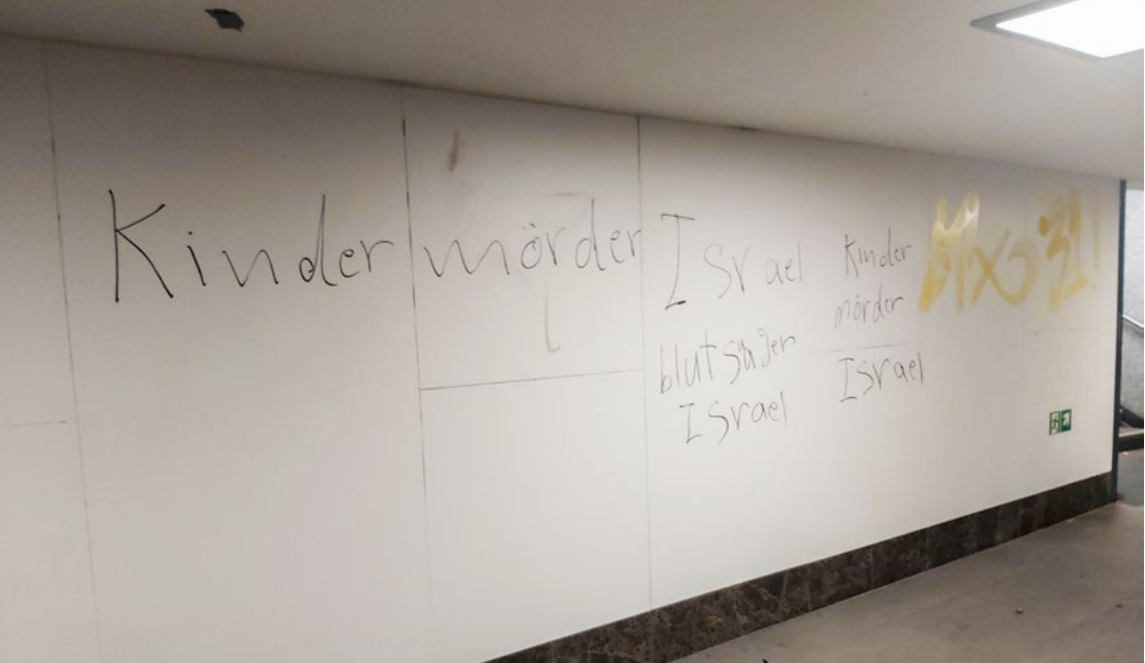
Zum ersten Mal hat das Projekt keine andere Erscheinungsform so häufig innerhalb eines Jahres erfasst wie die des israelbezogenen Antisemitismus. 62 % der Vorfälle ordnete das Projekt 2023 dieser Erscheinungsform zu.

Bereits vor dem 7. Oktober hatte der israelbezogene Antisemitismus das Vorgefallgeschehen in Berlin stärker geprägt als die anderen Erscheinungsformen. Bezogen auf die Vorfälle nach dem 7. Oktober bis zum Jahresende stieg sein Anteil noch einmal auf rund 74 % an. Fast alle dieser Vorfälle stehen im Zusammenhang mit dem Terrorangriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung sowie den daraufhin einsetzenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas.

In vielen Fällen trat israelbezogener Antisemitismus nach dem 7. Oktober zusammen mit anderen Erscheinungsformen auf. In 204 Vorfällen traten Merkmale des israelbezogenen Antisemitismus zusammen mit Handlungen oder Äußerungen des Post-Schoa-Antisemitismus auf, in 168 Vorfällen ging dieser einher mit Formen des antisemitischen Otherings. Auch verbanden sich in 44 Fällen auf Israel bezogene antisemitische Äußerungen mit antisemitischen Verschwörungserzählungen des modernen Antisemitismus, in 40 Fällen mit antijudaistischen Aussagen. Ein Drittel der Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus nach dem 7. Oktober trat ohne eine weitere Erscheinungsform auf.

Überschneidung der Erscheinungsformen nach dem 7. Oktober





▲
Wilmsdorf, 6. November:
Schmierereien an einer U-Bahn-Station.

Tritt israelbezogener Antisemitismus gemeinsam mit Othering auf, so richtet er sich in der Regel gegen Jüdinnen_Juden, aber auch gegen nicht-jüdische Personen und Organisationen. So näherten sich z. B. am 8. November zwei Männer einer Mahnwache gegen Antisemitismus in Mitte, von denen einer u. a. schrie: „Verfickte Juden, haut ab mit eurer Scheiß-Fahne, geht nach Hause, geht in euren Schweinestall, geht dahin wo ihr bombardiert werdet [...]“. Anschließend kam es zu Rempelen.

Geprägt wurde das Vorfallgeschehen nach dem 7. Oktober auch durch die Verbindung von israelbezogenem Antisemitismus mit Post-Schoa-Antisemitismus, etwa durch die Abwertung des Gedenkens an die Schoa, ihre Bagatellisierung oder durch die Gleichsetzung Israels oder des „Zionismus“ mit dem Nationalsozialismus. Auch wurden Israelis oder Juden_Jüdinnen, die sich – mitunter nur vermeintlich – zu Israel bekannten, als „Nazis“ bezeichnet. Am 3. November 2023 kam es in Kreuzberg zur Bedrohung einer Person, die Plakate anlässlich einer Gedenkveranstaltung zur Novemberpogromnacht aufhängen wollte. Unter „Free Palestine“-Rufen rissen mehrere Männer die Plakate zunächst ab. Auf Beschwerde des Plakatierers hin fragten sie, was die Schoa gegen das sei, was die Palästinenser seit 75 Jahren ertragen müssten? Danach verfolgten die Männer die Person, die das Plakatieren unterließ und in einen Bus stieg, um sich der Situation zu entziehen.

Die Gleichsetzung der israelischen Politik gegenüber den Palästinenser_innen mit der Schoa oder die Bagatellisierung der Schoa gegenüber der Situation von Palästinenser_innen ist als politisch-propagandistisches Stilmittel zu verstehen, die Politik Israels zu dämonisieren und den Staat Israel in seiner Existenz zu delegitimieren. Auch wird der 7. Oktober, der Terrorangriff der Hamas, als Auslöser für die aktuelle Situation in Gaza ignoriert. Im Hinblick auf die tatsächlichen Verbrechen des Nationalsozialismus und die systematische Ermordung der überwiegend europäischen Jüdinnen_Juden werden diese abgewertet, eine Anerkennung der Verbrechen und folglich auch der Erfahrungen der Opfer und ihrer Nachfahren wird verweigert. Auch Slogans wie „Zionist Israel = Nazi Germany“ oder „Zionismus = Nazism“, die z. B. als Schmierereien oder in Online-Kommentaren dokumentiert wurden, sind Gleichsetzungen der Politik Israels mit dem Nationalsozialismus, die den Staat delegitimieren sollen.

Der Anteil der Vorfälle des Post-Schoa-Antisemitismus nach dem 7. Oktober lag insgesamt bei rund 36 %. 229 der insgesamt 280 Vorfälle wiesen einen Bezug zum Terrorangriff der Hamas und den darauffolgenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas auf.

Antisemitisches Otherring wurde nach dem 7. Oktober in rund 39 % der Vorfälle festgestellt. In etwa 82 % der insgesamt 305 Vorfälle konnte ein Bezug zum Terrorangriff der Hamas und den darauffolgenden Kriegshandlungen Israels erkannt werden. Auch wenn z. B. Poster für die Geiseln der Hamas, die sich teilweise nach sechs Monaten immer noch in Gefangenschaft befinden, abgerissen, unkenntlich gemacht oder zerstört werden, ordnet das Projekt dies dem antisemitischen Otherring zu. Die oben beschriebenen Markierungen von jüdischen Wohnungen fasst RIAS Berlin ebenfalls als antisemitisches Otherring.



▲ **Plänterwald, 18. Oktober:**
Schmiererei mit Gleichsetzung
von Zionismus und
Nationalsozialismus.



▶ **Wedding, 1. November:** Die
Schmiererei „END HOLOCAUST
PALESTINE!“ setzt die Situation in
den palästinensischen Gebieten
mit der nationalsozialistischen
Vernichtungspolitik gleich.

Dynamisches Versammlungsgeschehen seit dem 7. Oktober

56 der insgesamt 83 Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Vorfällen kam, hat RIAS Berlin am oder nach dem 7. Oktober dokumentiert. 45 davon sind dem politisch-weltanschaulichen Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zuzuordnen, fünf dem linken/antiimperialistischen Spektrum und zwei dem islamisch/islamistischen. Eine Versammlung wurde dem verschwörungsideologischen Spektrum zugeordnet, eine hatte einen rechtsextremen Hintergrund, und eine konnte nicht politisch zugeordnet werden.

Seit dem 7. Oktober beobachtet RIAS Berlin ein dynamisches Versammlungsgeschehen in Berlin.⁴ Bereits am Abend der Massaker der Hamas am 7. Oktober fand eine spontane Versammlung am Hermannplatz statt, auf welcher der Terrorangriff glorifiziert wurde. In den nächsten Tagen und Wochen kam es zu zahlreichen Versammlungen, wobei die meisten Versammlungen dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet wurden. RIAS Berlin ordnet Versammlungen und Vorfälle diesem Spektrum zu, wenn die israelfeindliche Haltung der verantwortlichen Personen bzw. Gruppen gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu überwiegt. Dass zum Beispiel sowohl Akteur_innen aus dem linken/antiimperialistischen wie islamisch/islamistischen Milieu auf Versammlungen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus auftraten, zeigt, dass die geteilte israelfeindliche Haltung mitunter als verbindendes Element zwischen verschiedenen, sich sonst in keiner Weise nahestehenden politischen Milieus wirken kann. Die Versammlungen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus stehen dabei in einer Kontinuität mit den Versammlungen vor dem 7. Oktober: Bereits zuvor waren die meisten Versammlungen in Berlin von Gruppen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus heraus organisiert worden

Die Versammlungen seit dem 7. Oktober fanden vor allem in den Bezirken Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf statt. In Neukölln etablierte sich bereits in den ersten Tagen der Proteste gegen den israelischen Militäreinsatz der Bereich um den Hermannplatz und die Sonnenallee als besonders oft frequentierte Versammlungsfläche. Neben kleineren Versammlungen wurde dort regelmäßig zu sog. „Massendemos“ mobilisiert.

Am 13. Oktober wurde auf einer Versammlung in Neukölln ein Journalist angegriffen und als „Judenpresse“ bezeichnet. Am 15. Oktober wurden am Potsdamer Platz Journalist_innen als „Zionistenmedien“ beschimpft. Die größten Versammlungen fanden in Friedrichshain-Kreuzberg und in Mitte statt. In Friedrichshain-Kreuzberg nahmen am 28. Oktober etwa 11.000 Teilnehmende an der Versammlung „Global

⁴ RIAS Berlin wurden antisemitische Vorfälle auf Versammlungen im öffentlichen Raum u. a. im Rahmen eines proaktiven Monitorings durch das Projekt und durch Partnerorganisationen bekannt. Die Vorort-Dokumentation durch Democ e. V. und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. fand nach dem 7. Oktober unter schwierigsten Bedingungen statt und musste aus Sicherheitsgründen teilweise eingestellt werden.

South United“ teil. Einige Teilnehmer_innen skandierten „Kindermörder Israel“. Im Ankündigungstext und auf Bannern wurde Israel der „Apartheid“ bezichtigt.

Der Vorwurf gegen Israel, im Gazastreifen gezielt Kinder zu „ermorden“, war bei vielen der antiisraelischen Versammlungen präsent, so z. B. am Abend des 17. Oktober bei einer Versammlung vor dem Brandenburger Tor. Die häufig gerufene Parole „Kindermörder Israel“ wurde dabei z. B. durch ein Plakat mit einer Karikatur ergänzt, die den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu dabei zeigt, wie er Kinderleichen unter einen Teppich kehrt. Der wiederkehrende Vorwurf ist ein Beispiel für die Übertragung tradierter antisemitischer Symbole auf den jüdischen Staat.

Ein breites informelles Bündnis der an den Versammlungen beteiligten Organisationen trat am 4. November in Mitte mit der Organisation einer „Massendemo“ in Erscheinung. Etwa 9.000 Teilnehmende zogen vom Alexanderplatz zum Potsdamer Platz. Auf einem Banner wurde sich dort mit der kurz zuvor verbotenen Organisation „Samidoun“ solidarisiert. Auf Transparenten/Plakaten wurde Israel Kolonialismus, Genozid und Apartheid vorgeworfen und die Situation der Palästinenser_innen in Gaza mit der Schoa gleichgesetzt. Antisemitische Parolen aller Erscheinungsformen waren auf Plakaten oder in Form von Sprechchören sicht- und hörbar, sowie Aufrufe zum Boykott von Israel und Terrorverherrlichungen.

An den Versammlungen und den Online-Mobilisierungen, die seit dem 7. Oktober stattfanden, sind Akteure aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus beteiligt, unter anderem das Netzwerk „Palästina spricht“ und die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. Auch das pro-palästinensische Gefangenennetzwerk „Samidoun“ war bei Versammlungen sowie kontinuierlich bei Online-Mobilisierungen aktiv. Am 2. November 2023 erließ die Bundesregierung allerdings ein Betätigungsverbot für die Gruppe, die als Vorfeldorganisation der „Popular Front for the Liberation of Palestine“ (PFLP) gilt. Auch andere Gruppen solidarisierten sich mit der Hamas und legitimierten die Terrorangriffe. „Palästina spricht“ bezeichnete in einem Statement auf ihrem Instagram-Account vom 8. Oktober 2023 unter dem Titel „A Lesson in Liberation from Gaza“ die Hamas als „resistance fighters“.⁵ Die Gruppe legitimierte die Terrorangriffe der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung und berief sich dabei u. a. darauf, dass die internationalen Menschenrechte diese Form des „Widerstands“ legitimieren würden.

5 <https://www.instagram.com/p/CyIV951MNkY/?igshid=NTc4MTlwNjQ2YQ==> (Zugriff am 15.10.2023).

Vorfälle von abgerissenen oder verunstalteten Plakaten der Entführten, von denen sich sechs Monate später über 100 noch immer, tot oder lebendig, in der Gefangenschaft der Hamas befinden, wurden u. a. in Mitte, Kreuzberg, dem Prenzlauer Berg, Charlottenburg und Steglitz bekannt.

Durch das Abreißen von Plakaten für die Geiseln wird das Andenken an die Entführten angegriffen. Zugleich werden so Bilder von Jüdinnen und Juden aus dem öffentlichen Raum entfernt.



- ▲ Mitte, 20. Oktober
- ◀ Prenzlauer Berg, 4. November
- ▼ Charlottenburg, 9. November

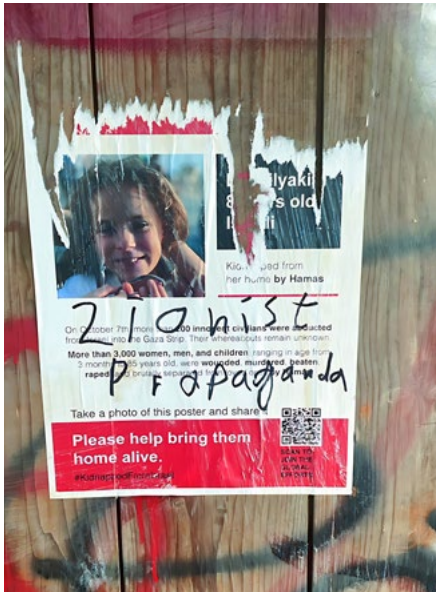




▼ Neukölln, 27. Oktober



▼ Prenzlauer Berg, 12. Dezember



▲ Charlottenburg, 3. November
Foto: Nikolas Lelle



▲ Mitte, 25. Oktober

Wo ereigneten sich die antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober besonders häufig?

Straße und ÖPNV

Sich in der Stadt zu bewegen, ist nach dem 7. Oktober für Berliner Jüdinnen und Juden noch unsicherer geworden. Auf der Straße ereigneten sich in den knapp drei Monaten nach dem Terrorangriff der Hamas 202 antisemitische Vorfälle – in den neun Monaten vor dem 7. Oktober waren es insgesamt 106 Vorfälle. Im ÖPNV kam es nach dem 7. Oktober zu 88 Vorfällen, im Zeitraum vorher waren es 41 Vorfälle. Hatte sich vor dem 7. Oktober im Schnitt etwa ein Vorfall pro Woche im ÖPNV ereignet, war es nach dem 7. Oktober durchschnittlich etwa ein Vorfall pro Tag. Die Vorfälle ereigneten sich im Nah- und im Fernverkehr, in der Tram und im Bus, im Taxi und auf Ride-Share-Fahrten. In mehreren Fällen berichteten Betroffene davon, dass sie während einer Fahrt im Zug oder in der S-Bahn gehört haben, wie Fahrgäste lautstark über das Töten von Jüdinnen_Juden oder Israelis phantasierten. Andere wurden von Unbekannten direkt adressiert und antisemitisch beschimpft oder angegriffen.

Mitte, 7. November: In einem Regionalzug unterhielten sich drei Männer. Einer von ihnen sagte, dass jüdische Menschen zurecht seit Jahrhunderten verfolgt würden. Sie seien noch „unter den Tieren“. Er äußerte weitere antisemitische Stereotype, u. a. mit Bezug auf „Finanzgeschäfte“.

Friedrichshain-Kreuzberg, 9. November:

In einer U-Bahn redete ein Mann am Telefon laut und für alle umstehenden Personen hörbar über „Hamas beitreten“ und „Juden abschlachten“. Als eine Person intervenierte, schimpfte er über ihre „zionistische Meinung“ und die „zionistische Weltordnung“. Nach einem weiteren Blickwechsel sagte er u. a.: „Ihr werdet es noch alle sehen, der Tag wird kommen.“

Lichtenberg, 10. November: In einer Tram unterhielt sich ein Mann am Telefon über Stress mit einem Kollegen. Er bezeichnete diesen Kollegen als „Lügner“, er sei ein „dreckiger Jude“. Er phantasierte danach in vulgärer Sprache über brutale sexuelle Gewalt, die er dessen Mutter angetan haben würde, wenn er nicht selbst eine kleine Tochter hätte.

Wohnumfeld

Auch waren mehr Personen nach dem 7. Oktober als vorher in ihrem direkten Nahfeld von antisemitischen Anfeindungen betroffen. Nach dem 7. Oktober ereigneten sich 45 Vorfälle im Wohnumfeld der Betroffenen, vor dem 7. Oktober waren es 20 Vorfälle. In 28 der 45 Fälle waren die Betroffenen jüdisch oder israelisch. Neben den Markierungen der Häuser, Haus- oder Wohnungstüren mit Davidsternen wurde in mehreren Fällen gezielt das Eigentum jüdischer/israelischer Familien beschädigt. In der Silvesternacht wurde zum Beispiel eine Wohnungstür von israelischen/jüdischen Bewohnern mit Eiern beworfen, in einem anderen Wohnhaus eine Wohnungstür mit Böllern.



▲ Steglitz, 31. Dezember: Böllerverschuss gegen Wohnungstür mit Mesusa.

Hochschule

Besonders sichtbar wurde Antisemitismus nach dem 7. Oktober an den Berliner Hochschulen. Während das Projekt in den neun Monaten vor dem 7. Oktober 4 Vorfälle verzeichnete, wurden nach dem 7. Oktober 25 antisemitische Vorfälle dokumentiert. Es gab antisemitische Schmierereien und Flyer mit antisemitischen Inhalten, mehrmals wurden Plakate, die auf die von der Hamas entführten Geiseln aufmerksam machen sollten, abgerissen. Jüdische Studierende wurden in einigen Fällen direkt zur Zielscheibe antisemitischer Anfeindungen. Ein jüdischer Studierender wurde als angeblicher Verteidiger des „Terrorstaats Israel“ von Kommiliton_innen beschimpft und bedroht. Eine israelische Studierende wurde verbal derart angegangen, dass sie eine Veranstaltung weinend verließ. Weitere Anwesende schwiegen oder signalisierten sogar Zustimmung zu den Anfeindungen.

Eine zentrale Rolle für die Zunahme antisemitischer Vorfälle an den Hochschulen spielte die Mobilisierung durch Akteur_innen aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum sowie dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus. An allen großen Hochschulen bildeten sich sogenannte Komitees, die die Proteste koordinierten. Auf acht an Berliner Hochschulen durchgeführten Versammlungen wurden antisemitische Vorfälle dokumentiert. Dabei handelte es sich z. B. um Fälle, in denen Israel das Existenzrecht abgesprochen oder in denen der Krieg Israels gegen die Hamas mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gleichgesetzt wurde.

Weitere acht Vorfälle ereigneten sich online, weswegen sie nicht zum Tatort Hochschule gezählt werden, sie wiesen jedoch einen eindeutigen Hochschulbezug auf. Bei diesen Vorfällen handelte es sich z. B. um antisemitische Äußerungen in Studierenden-Chatgruppen oder um Messenger-Interaktionen mit Kommiliton_innen.

Jüdische Studierende berichteten, sich an den Universitäten nicht länger sicher zu fühlen. Sie würden nun teilweise vermeiden, auf dem Campus als jüdisch erkennbar zu sein, z. B. durch das bewusste Verstecken von Schmuck mit einem Davidstern. Andere verzichteten mitunter auf die Teilnahme an Lehrveranstaltungen in Präsenz.

Steglitz-Zehlendorf, 14. Dezember:

Studierendengruppen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus besetzten einen Hörsaal der Freien Universität. In einem Redebeitrag

wurde Israel explizit das Existenzrecht abgesprochen. Auf einem Transparent wurde Israel als „mordende[r] Apartheidstaat“ bezeichnet.

Schule

Eine Zunahme von antisemitischen Anfeindungen und antisemitischer Gewalt wurde auch an den Berliner Schulen dokumentiert. Vor dem 7. Oktober wurden bereits sieben Vorfälle dokumentiert, nach dem 7. Oktober ereigneten sich weitere 22 Vorfälle. In drei Fällen wurden jüdische und israelische Schulkinder von ihren Mitschüler_innen jeweils unter expliziter oder impliziter Bezugnahme auf Israel, den 7. Oktober oder den Krieg in Gaza angegriffen. In drei weiteren Fällen wurden gegenüber jüdischen oder israelischen Kindern und Jugendlichen Vernichtungsdrohungen geäußert, teilweise unter Bezugnahme auf die national-sozialistische Vernichtungspolitik. 14 der 22 verzeichneten Vorfälle an Schulen (63,6%) wiesen Elemente von israelbezogenem Antisemitismus auf.

Des Weiteren hat das Projekt sechs Vorfälle online verzeichnet, die sich im Schulkontext ereignet haben. Dabei handelte es sich z. B. um die Verharmlosung der Massaker vom 7. Oktober oder um Infragestellungen des Existenzrechts Israels.

Tatort Internet

Auch im Online-Bereich konnte ein sprunghafter Anstieg nach dem 7. Oktober verzeichnet werden. Wurden in den Monaten Januar bis September im Durchschnitt knapp sechs Online-Vorfälle pro Woche verzeichnet, waren es vom 7. Oktober bis Ende Dezember durchschnittlich mehr als 24 Vorfälle pro Woche, die sich im Internet ereigneten.

2023 ist im Verhältnis von dokumentierten antisemitischen Vorfällen online und offline eine deutliche Verschiebung im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten. Im Jahr 2022 betrug der Anteil der Online-Vorfälle an der Gesamtzahl der Vorfälle 57% (483 Vorfälle). 2023 wurden 528 Vorfälle online dokumentiert, was einen Anteil von 41,6% ausmacht. Der Anteil ist vor dem 7. Oktober mit 47,2% (230 Vorfälle) bereits niedriger als im Vorjahr, nach dem 7. Oktober fällt er auf 38,1% (298 Vorfälle). Der geringere Anteil an Online-Vorfällen stellt keinen Rückgang

Online, 9. November: Eine NS-Gedenkstätte erhielt über ihr Kontaktformular die Botschaft „Israelis are the new nazis“.

Online, 20. Dezember: Unter dem Social-Media-Beitrag einer jüdischen Organisation in Solidarität mit den von der Hamas entführten Geiseln kommentiert ein_e User_in unter anderem: „Ihre terrorverherrlichende Botschaft möchte niemand mehr sehen. Sofort raus aus unserer Heimat! Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir hier keine Kindermörder dulden.“

der Anzahl der Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr dar, sondern er weist auf das drastische Ausmaß hin, in dem die Vorfälle, die offline verzeichnet wurden, insbesondere nach dem 7. Oktober angestiegen sind. Mit Blick auf die Online-Vorfälle nach dem 7. Oktober ist daher von einem großen Dunkelfeld auszugehen. Jüdische Organisationen berichten teilweise von einer so großen Flut von antisemitischen Kommentaren, gerade auf Social-Media-Plattformen, dass eine Dokumentation schwer zu bewerkstelligen ist. Auch ist anzunehmen, dass die drastische Steigerung von Vorfällen, die sich von Angesicht zu Angesicht, auf der Straße, in der U-Bahn, im Supermarkt etc. ereignen, dazu führt, dass die Meldung von antisemitischen Kommentaren im Netz als nebensächlich erscheint.

Die Online-Vorfälle, die nach dem 7. Oktober gemeldet wurden, zeichnen sich durch eine besonders gewaltvolle Sprache aus. 2023 enthielten 53 Online-Vorfälle eine Vernichtungsdrohung. Davon ereigneten sich 12 vor und 41 nach dem 7. Oktober, das sind 13,8% der nach dem 7. Oktober insgesamt dokumentierten Online-Vorfälle. 39 dieser Vorfälle mit Vernichtungsdrohungen (95,1%) waren an jüdische/israelische Einzelpersonen oder jüdische/israelische Institutionen gerichtet. 2022 wurden Vernichtungsdrohungen in 5,8% der Online-Vorfälle (28) verzeichnet.

Welche Auswirkungen hatte der 7. Oktober auf das Vorfalleschehen in den Bezirken?

719 antisemitische Vorfälle konnten 2023 einem Berliner Bezirk zugeordnet werden (2022: 357 Vorfälle). Mitte ist auch 2023 mit 189 Vorfällen derjenige Bezirk, für den die meisten antisemitischen Vorfälle dokumentiert wurden; sie sind im Vergleich zum Vorjahr noch deutlich angestiegen (2022: 111). Den stärksten Anstieg hat das Projekt in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg (2023: 126 Vorfälle; 2022: 27 Vorfälle) und Neukölln (2023: 118 Vorfälle; 2022: 29 Vorfälle) verzeichnet.

In den drei Bezirken mit den höchsten Vorfalleszahlen haben sich nach dem 7. Oktober bis zum Jahresende jeweils mehr als doppelt so viele Vorfälle ereignet wie in den neun Monaten davor. In Mitte ereigneten sich 67,8% der dort dokumentierten Vorfälle nach dem 7. Oktober (128 Vorfälle), in Friedrichshain-Kreuzberg 71,4% (90 Vorfälle) und in Neukölln 77,1% (91 Vorfälle).

Mitte zeichnet sich durch einen hohen Anteil an Vorfällen von Angesicht zu Angesicht aus (41 Vorfälle nach dem 7. Oktober), 10 der 20 nach dem 7. Oktober dokumentierten Angriffe ereigneten sich hier. In Neukölln wurden nach dem 7. Oktober 4 Angriffe dokumentiert, in Charlottenburg Wilmersdorf waren es 3. Im gesamten Jahr 2023 kam es in 9 von 12 Bezirken zu antisemitischen Angriffen. Die einzigen Bezirke, aus denen keine Angriffe dokumentiert wurden, sind Lichtenberg, Tempelhof-Schöneberg und Reinickendorf.

Antisemitische Slogans und Bilder sind im öffentlichen Raum sichtbarer geworden. Dies betrifft ebenfalls besonders Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Mitte. In Schriftzügen wird u. a. zu Gewalt gegen Jüdinnen_Juden aufgerufen oder diese befürwortet, das Existenzrechts Israels infrage gestellt oder Israel mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. In den Wochen nach dem 7. Oktober wurden in Friedrichshain-Kreuzberg 57 antisemitische Schmierereien, Aufkleber und Plakate/ Flyer dokumentiert (Jan.–Sept. 2023: 20), in Neukölln waren es 55 (Jan.–Sept. 2023: 16) und in Mitte 37 (Jan.–Sept. 2023: 26). Dies bedeutet für Berliner Jüdinnen_Juden und Israelis, in diesen Bezirken in deutlich gesteigertem Ausmaß mit feindlichen Botschaften konfrontiert zu werden.

Neukölln, 28. Oktober: In einer Schmiererei wird zur Vernichtung Israels aufgerufen.



Neukölln, 19. Dezember: An einem Wohnhaus wurde eine Schmiererei entdeckt, die einen Vernichtungswunsch gegen Jüdinnen_Juden ausdrückt.





◀ **Gesundbrunnen, 7. Dezember:** Antisemitische Schmiererei an einer Baustellenabsperung.

Neukölln, 10. Oktober: Drei Tage nach den Massakern der Hamas an israelischen Zivilist_innen wurde die Schmiererei „GAME OVER JUDE“ entdeckt.



Auch Steglitz-Zehlendorf sticht heraus. Die Vorfälle im Bezirk haben sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdreifacht (2023:29; 2022: 11). Das ist vor allem auf die Mobilisierung aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus an den Hochschulen zurückzuführen. Nach dem 7. Oktober ereigneten sich 11 Vorfälle im Bezirk an der Hochschule, von denen 7 Vorfälle dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet wurden.

In den Bezirken Lichtenberg, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf und Spandau, die im Vergleich jeweils geringe Vorfalzzahlen aufweisen, wurden fast alle Vorfälle, die politisch zugeordnet werden konnten – vor wie nach dem 7. Oktober – dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet.

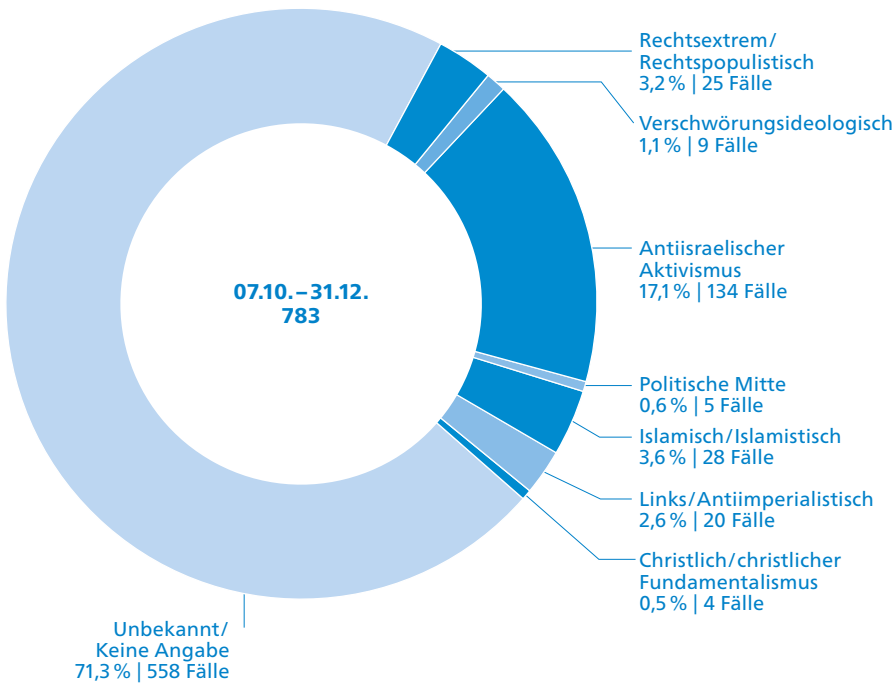
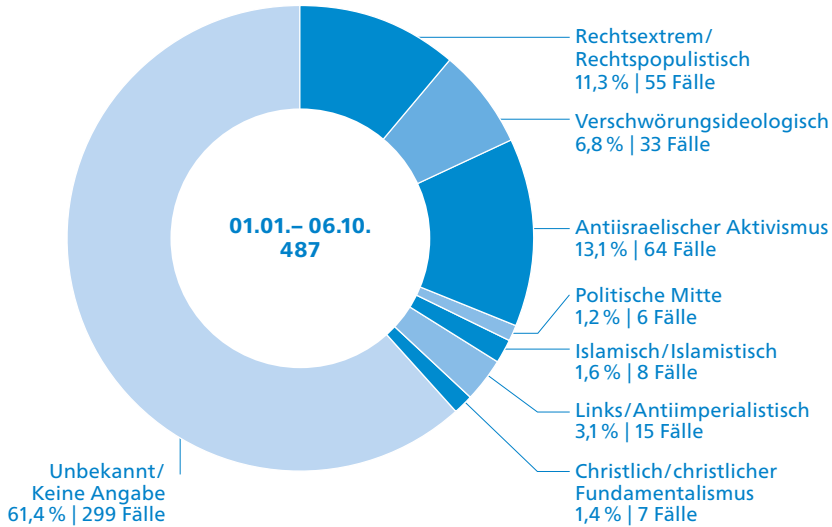
Politisch-weltanschaulicher Hintergrund der antisemitischen Vorfälle nach dem 7. Oktober

Die überwältigende Mehrheit der nach dem 7. Oktober politisch zuordenbaren Vorfälle kamen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus, 134 der 783 Vorfälle nach dem 7. Oktober (17,1 %) konnten diesem Spektrum zugeordnet werden. Dass bereits vor dem 7. Oktober die meisten Vorfälle diesem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden konnten, verweist jedoch darauf, dass mit den antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober ein bereits bestehendes Mobilisierungspotenzial in diesem Spektrum aktiviert wurde. Auch das islamisch/islamistische Milieu sticht nach dem 7. Oktober mit 28 Vorfällen (3,6 %) heraus. Im gesamten Jahr 2022 wurden diesem politischen Spektrum acht Vorfälle zugeordnet (weniger als 1 %). Dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Milieu wurden nach dem 7. Oktober 25 Vorfälle zugeordnet (3,2 %). Aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum wurden 20 Vorfälle (2,6 %) verzeichnet.

Vorfälle, die nach dem 7. Oktober dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet wurden, wiesen zu 95,5 % Elemente des israelbezogenen Antisemitismus auf, Vorfälle aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum zu 95 % und Vorfälle aus dem islamisch/islamistischen Milieu zu 89,2 %. Diesen drei Spektren ist inhaltlich zudem gemein, dass viele Vorfälle das Narrativ bedienen, die palästinensische Bevölkerung befinde sich seit Jahrzehnten in einem Befreiungskampf gegen eine unrechtmäßige israelische Besatzung. Der 7. Oktober wird darin als Akt des legitimen Widerstands eingeordnet. Eine Täter-Opfer-Umkehr findet sich nach dem 7. Oktober in der Bezeichnung von Israel als „Terrorstaat“, während die terroristischen Massaker der Hamas verharmlost oder als Widerstand legitimiert werden.

Mehr als ein Drittel der Vorfälle aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus, die Elemente des israelbezogenen Antisemitismus aufweisen, enthalten auch Elemente des Post-Schoa-Antisemitismus. Unter anderem war die Parole „Free Palestine from German guilt“ wiederholt als Parole auf den Versammlungen zu hören oder zu lesen. Dieser Satz reduziert die Existenz Israels darauf, ein Ergebnis der Schoa zu sein. Er suggeriert zudem, dass die deutsche Politik wegen der Schuld an den Verbrechen der Nationalsozialisten in der Vergangenheit über mutmaßliche Verbrechen Israels in der Gegenwart hinwegsehe. Der Satz legt auch nahe, dass Israel die Schoa instrumentalisieren, um die deutsche Politik zu beeinflussen. In der Konsequenz unterstützt er die Forderung, sich der Bedeutung der Schoa in der deutschen Erinnerungskultur entledigen zu müssen und erfüllt so eine Funktion der Entlastung, die sonst eher aus rechten und rechtsextremen Spektren oder der politischen Mitte bekannt war.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund vor und nach dem 7. Oktober



Israelbezogener Antisemitismus wurde nach dem 7. Oktober jedoch in allen politischen Spektren artikuliert. Die neonazistische Kleinstpartei „III. Weg“ verklebte regelmäßig israelfeindliche Aufkleber mit der Aufschrift „Terrorstaat Israel“ (diese Aufkleber existieren allerdings bereits seit Jahren). In mehreren Bezirken Berlins verteilte die islamistische Gruppierung „Realität Islam“ Flugblätter, die das Existenzrecht Israels infrage stellten; aus dem Spektrum der politischen Mitte und dem christlichen/christlich fundamentalistischen Milieu wurden vereinzelt E-Mails mit israelfeindlichen Inhalten an jüdische oder israelische Organisationen dokumentiert. Aus dem verschwörungsideologischen Spektrum wurden Verschwörungsmythen verbreitet, denen zufolge „Zionisten“ beispielsweise den dritten Weltkrieg hervorbringen wollten.

Von 783 Vorfällen ließen sich nach dem 7. Oktober 558 (71,3%) keinem bestimmten politisch-weltanschaulichen Hintergrund zuordnen. Vorfälle, die nicht politisch zugeordnet werden konnten, wiesen zu 68,6% israelbezogenen Antisemitismus auf.



◀ Mitte, 4. November: Plakat auf einer Versammlung.

DIE STATISTIK AUF EINEN BLICK

Antisemitische Vorfälle nach Berliner Bezirken



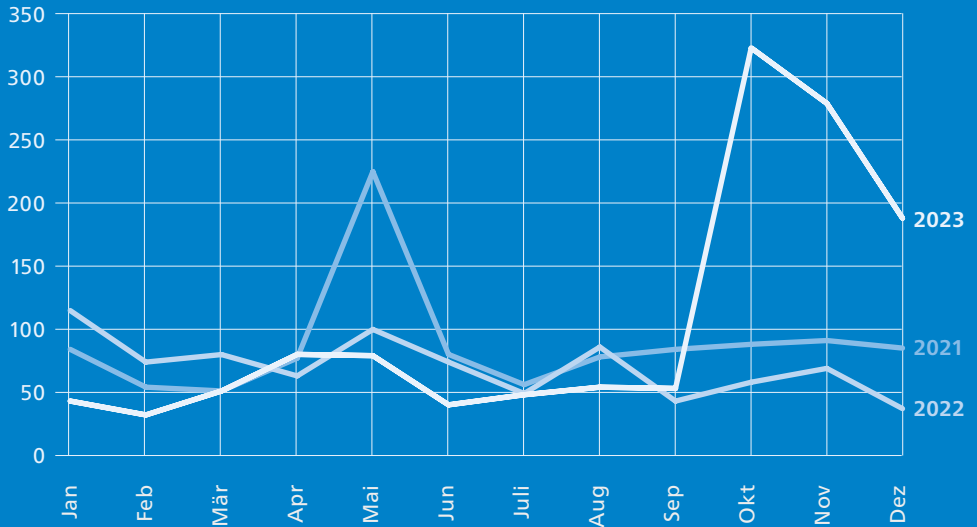
nach Berliner Bezirken

Jahr	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Mitte	189	111	149	155	141	146	153
Neukölln	118	29	65	30	45	56	51
Charlottenburg-Wilmersdorf	97	45	51	70	77	80	74
Friedrichshain-Kreuzberg	126	27	51	51	48	66	41
Pankow	45	54	47	40	40	35	21
Lichtenberg	21	15	36	11	18	8	11
Tempelhof-Schöneberg	35	17	33	25	22	30	20
Treptow-Köpenick	22	18	23	25	15	31	16
Steglitz-Zehlendorf	29	11	16	15	17	25	11
Marzahn-Hellersdorf	18	17	12	10	6	10	10
Reinickendorf	10	2	9	6	8	6	2
Spandau	9	12	6	11	9	10	9
Keine Angabe/Unbekannt	26	8	10	5	4	3	16

nach Vorfalltypen

Jahr	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Extreme Gewalt	2	1	2	0	0	0	0
Angriffe	34	21	22	17	33	46	18
Gezielte Sachbeschädigungen	52	31	43	43	38	43	42
Bedrohungen	49	24	28	54	59	46	26
Verletzendes Verhalten	1121	751	895	779	653	833	684
Massenzuschriften	12	20	62	126	103	117	185
Gesamt	1270	848	1052	1019	886	1085	955

nach Monaten












Jahr	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Januar	43	115	84	94	72	78	68
Februar	32	74	54	64	82	91	88
März	51	80	51	56	69	56	77
April	80	63	77	65	80	106	98
Mai	79	100	225	88	73	163	100
Juni	40	74	80	75	79	85	84
Juli	48	49	56	98	66	136	70
August	54	86	78	118	90	121	67
September	53	43	84	92	65	84	73
Oktober	323	58	88	95	99	58	44
November	279	69	91	95	59	75	61
Dezember	188	37	85	64	47	32	112

Betroffene Institutionen und Einzelpersonen

Jahr	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Institutionen	467	468	545	515	391	579	538
Einzelpersonen	480	203	292	348	329	368	218

Betroffenengruppen

Jüdische/Israelische Institutionen	391	
Jüdische/Israelische Einzelpersonen	365	
Sonstige nicht-jüdische Einzelpersonen	39	
Gedenkinitiativen (Einzelpersonen und Institutionen)	36	
Unbekannte Einzelpersonen	35	
Zivilgesellschaft (Einzelpersonen und Institutionen)	28	
Sonstige Institutionen	26	
Adressiert als Jüdinnen_Juden (Einzelpersonen und Institutionen)	23	
Presse	2	

Erscheinungsformen

Mehrfache Zuordnungen
sind möglich

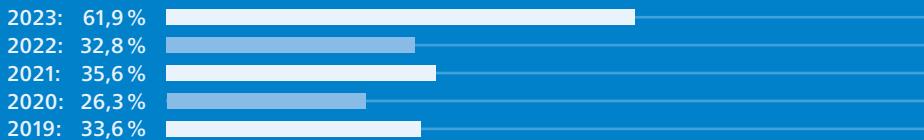
Antijudaistischer Antisemitismus



Moderner Antisemitismus



Israelbezogener Antisemitismus



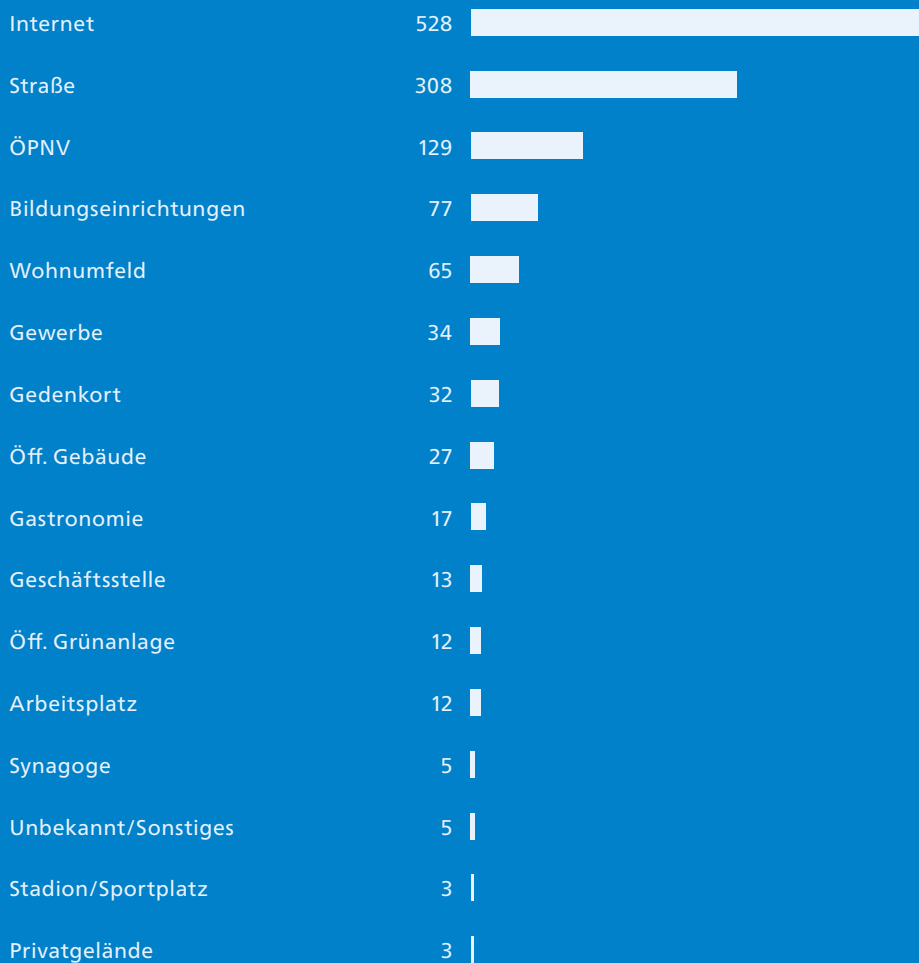
Antisemitisches Othering



Post-Schoa-Antisemitismus

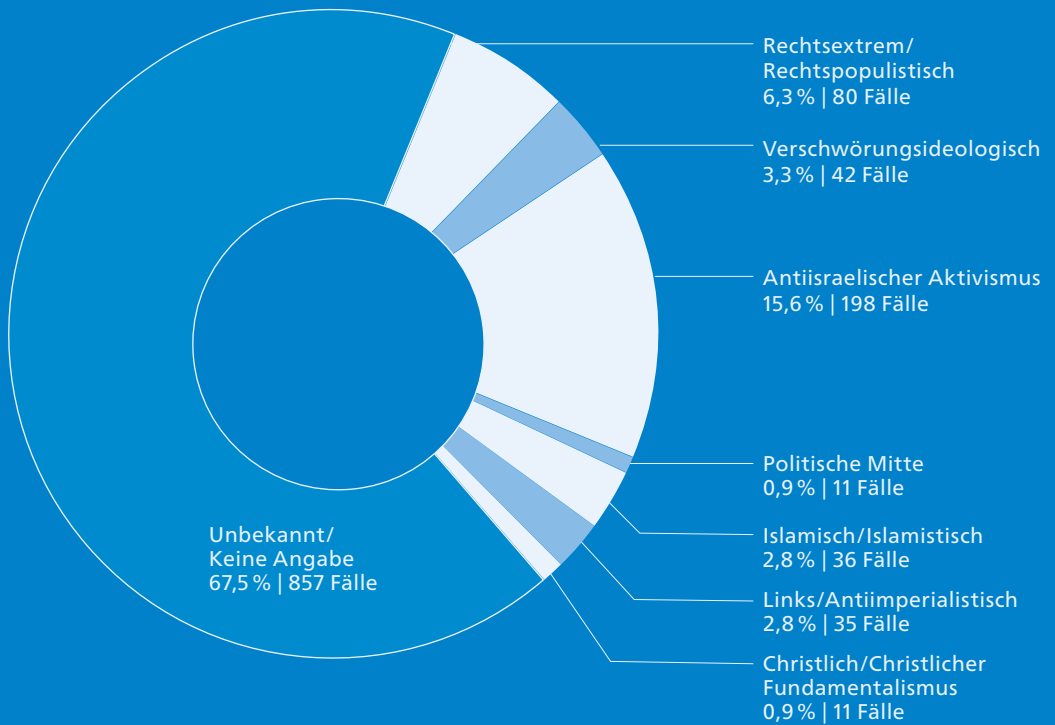


Antisemitische Vorfälle nach Tatorten



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Jeder Fall wird nur einer Kategorie zugeordnet



BEOBACHTUNGEN ZU ISRAELBEZOGENEM ANTISEMITISMUS

Antisemitismus in der Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus hat das Vorfalleschehen in Berlin 2023 besonders geprägt; er war in dem Jahr die am häufigsten erfasste Form des Antisemitismus. Das gilt nicht erst für die Zeit seit dem 7. Oktober und dem Krieg in Gaza, sondern galt, so zeigt die vorliegende Dokumentation antisemitischer Vorfälle, bereits für die Monate zuvor.

Israelbezogener Antisemitismus und andere Erscheinungsformen sind, wie der Bericht ebenfalls dokumentiert, in allen Berliner Bezirken und in verschiedenen Räumen präsent, an Berliner Schulen und Hochschulen, im öffentlichen Raum oder im Kulturbereich, hier z. B. in der Club-Szene; zudem ist keine andere Erscheinungsform Thema so vieler Debatten und hat so viele Räume gespalten und heftige Konflikte verursacht. Indes halten die politischen und gesellschaftlichen Debatten um israelbezogenen Antisemitismus schon seit vielen Jahre an, auch wenn sie seit dem 7. Oktober 2023 eine neue Intensität in Berlin und bundesweit erreicht haben.

RIAS Berlin erfasst antisemitische Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus seit seiner Gründung 2015. Festgestellt wurde für diese Erscheinungsform ein fehlendes Wissen und/oder Problembewusstsein in vielen Bereichen der Gesellschaft, das wiederum zu großen Handlungsunsicherheiten im Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus führt. Das betrifft u. a. politische und staatliche Institutionen, kulturelle Einrichtungen sowie zivilgesellschaftliche Akteur_innen. Fehlendes Wissen und Problembewusstsein wie die Handlungsunsicherheit, kann dazu führen, dass Betroffene mit antisemitischen Vorfällen allein gelassen werden, etwa wenn Vorfälle falsch eingeordnet und daher nicht ernst genommen werden. Dies kann aber auch dazu führen, dass eine Auseinandersetzung mit der Thematik vermieden wird. Die zivilgesellschaftliche Dokumentation antisemitischer Vorfälle hilft, indem sie belastbares Wissen über die alltägliche Verbreitung und Inhalte des israelbezogenen Antisemitismus in Berlin vermittelt und so eine Diskussions- und Handlungsgrundlage anbietet. Auf der Grundlage der Dokumentation antisemitischer Vorfälle in Berlin zwischen 2017 bis einschließlich 2023 durch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus können folgende Beobachtungen formuliert werden:

Israelbezogener Antisemitismus tritt nicht nur ereignisbezogen auf, etwa in Reaktion auf israelisch-palästinensische Kriegshandlungen, sondern ist in jedem Jahr ein fester Bestandteil des antisemitischen Vorfallesgeschehens in Berlin. In den vergangenen Jahren schwankte der Anteil des israelbezogenen Antisemitismus an den Vorfällen, die innerhalb eines Jahres in Berlin erfasst wurden. So lag der Anteil 2018 bei 49,9 %, sank 2019 zunächst auf 33,6 % und 2020 auf 26,3 %, er stieg 2021 wieder auf 35,6 %, und er lag 2022 bei 32,8 %. Diese Schwankungen stehen auch im Zusammenhang mit antisemitischen Dynamiken infolge von sogenannten Gelegenheitsstrukturen: Das Projekt dokumentierte im Kontext von Eskalationen des israelisch-palästinensischen Konflikts immer wieder einen Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin wie etwa im Mai 2021. Die Mehrzahl antisemitischer Vorfälle, die Elemente des israelbezogenen Antisemitismus aufweisen, erfasste das Projekt aber auch unabhängig von solchen aktuellen Anlässen – 2023 waren Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus beispielsweise schon vor dem 7. Oktober die am häufigsten erfasste Erscheinungsform. Kommt es dann zu Anlässen wie etwa einer erneuten Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts, können auf Israel bezogene antisemitische Muster und Narrative rasch mobilisiert werden.

Israelbezogener Antisemitismus tritt im Zusammenhang mit allen von RIAS Berlin erfassten Vorfälltypen auf – auch in Form antisemitischer Gewalt.

Es gibt ihn bei Vorfällen antisemitischer Gewalt gegen Personen, bei extremer Gewalt und Angriffen sowie bei gezielten Sachbeschädigungen. In der Debatte über israelbezogenen Antisemitismus wird in der Regel vor allem um die Legitimität bestimmter politischer Aussagen und Positionierungen gestritten, z. B. wenn Israel als „Kindermörder“ bezeichnet wird. Hier werden mitunter Merkmale und Inhalte des israelbezogenen Antisemitismus zu einer (politischen) „Ansichtssache“ erklärt. Israelbezogener Antisemitismus wird so bagatellisiert, und das Aggressions- und Gewaltpotenzial, zu dem solche „Ansichten“ führen können, verkannt. Indes wurden von 2019 bis einschließlich 2023 insgesamt 32 antisemitische Angriffe, sowie drei der insgesamt fünf Vorfälle extremer Gewalt, als israelbezogener Antisemitismus klassifiziert – doppelt so viele Angriffe wie beim Post-Schoa-Antisemitismus (16) und ein vielfaches der Angriffe (2), die als moderner Antisemitismus klassifiziert wurden. Nur die Erscheinungsform antisemitisches Otherring wies zwischen 2019 bis 2023 in Berlin noch mehr antisemitische Angriffe (85) auf sowie zwei Fälle extremer Gewalt.

Israelbezogener Antisemitismus richtet sich oft gegen Jüdinnen_Juden oder jüdische Organisationen: Immer wieder werden Jüdinnen_Juden antisemitisch mit Israel identifiziert oder für das Verhalten des Staates verantwortlich gemacht. Das manifestiert sich in Vorfällen physischer Angriffe, gezielter Sachbeschädigungen und Bedrohungen. In der überwiegenden Mehrheit sind es Fälle verbaler Anfeindungen, die RIAS Berlin als verletzendes Verhalten fasst. RIAS Berlin erfasste 2023

im Schnitt pro Woche knapp drei antisemitische Vorfälle die sich gegen jüdische oder als solche adressierte Einzelpersonen richteten und Elemente des israelbezogenen Antisemitismus aufwiesen. Gegen jüdische Organisationen oder als solche adressierte richteten sich im Schnitt knapp fünf Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus pro Woche. Hier liegt die Bedrohung des israelbezogenen Antisemitismus darin, dass er sich in Form von Angriffen oder verbalen Anfeindungen nicht nur gegen den Staat Israel richtet, sondern als Form des antisemitischen Otherings gegen hier lebende Jüdinnen_Juden.

Israelbezogener Antisemitismus ist kein isoliertes Phänomen, sondern er tritt in über 60 % der Vorfälle zusammen mit mindestens einer anderen antisemitischen Erscheinungsform auf. Die Parole „Stop doing what Hitler did to you“ beispielsweise, mit der die Handlungen Israels im Gaza-Streifen oder der Westbank mit der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus gleichgesetzt werden, dämonisiert Israel und bagatellisiert zugleich die Schoa. Dass israelbezogener Antisemitismus eng mit anderen antisemitischen Erscheinungsformen verflochten ist, weist darauf hin, dass es sich nicht einfach um eine politische Ansicht oder Position, sondern um eine Artikulationsform eines antisemitischen Denkmusters handelt.

Es handelt sich bei israelbezogenem Antisemitismus um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das in allen politisch-weltanschaulichen Milieus auftritt und verschiedene Spektren verbindet. Die Delegitimierung Israels als „Terrorstaat“ zum Beispiel findet sich häufig auf Versammlungen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus, sie ist aber auch eine klassische antisemitische Zuschreibung im rechtsextremen Milieu. Zwischen 2019 und 2023 wurden im Jahresdurchschnitt knapp 25 % der Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet⁶ knapp 11% dem rechtsextremen Milieu⁷ und etwa 5 % der politischen Mitte – ebenfalls etwa 3–4 % der Vorfälle aber auch jeweils dem linken/antiimperialistischen, dem islamisch/islamistischen sowie dem verschwörungsideologischen Spektrum. Im Schnitt konnten in dem Zeitraum rund 50 % der Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus nicht eindeutig einem politisch-weltanschaulichen Milieu zugeordnet werden, gleichwohl fungiert israelbezogener Antisemitismus – und das vergrößert seine Wirkmächtigkeit – als verbindendes Element zwischen verschiedenen, sich sonst in keiner Weise nahestehenden politischen Milieus.

6 Der niedrigste Anteil lag 2020 bei 18,5 %, der höchste Anteil 2019 bei 29 %.

7 Der niedrigste Anteil lag 2023 bei 3 % und 2021 bei 14,8 %. Der niedrige Wert von 2023 unterscheidet sich deutlich von den Vorjahren, in denen der Anteil nie unter 11 % lag.

Israelbezogener Antisemitismus tritt in allen Berliner Bezirken auf – aber er ist nicht in allen Bezirken gleich stark und nicht jedes Jahr gleich präsent.

In Mitte und Neukölln wiesen die Vorfälle zwischen 2019 und 2023 den höchsten Anteil von Elementen des israelbezogenen Antisemitismus zwischen 2019 und 2023 auf. Allerdings schwanken die Anteile stark, wenn Reaktionen auf politische Ereignisse hinzukommen. Betrachtet man zum Beispiel die Zahlen für den Bezirk Mitte, in dem sich jährlich die meisten antisemitischen Vorfälle ereigneten, sank hier der Anteil der Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus von 40 % im Jahr 2019 auf 20 % im Jahr 2021, er stieg 2022 wieder leicht an auf einen Anteil von 25 %. 2023 lag der Anteil der Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus in Mitte bei rund 68 % – so hoch wie nie zuvor. Ähnliche Schwankungen weisen die israelbezogenen Vorfälle von Antisemitismus auch im Bezirk Neukölln auf. Während der COVID-19-Pandemie, insbesondere 2020, verzeichnete das Projekt dort beispielsweise einen starken Rückgang solcher Vorfälle.

Zudem tritt israelbezogener Antisemitismus an ganz unterschiedlichen Orten in Berlin auf, etwa an den Hochschulen und in Schulen, in Kultureinrichtungen, (hier insbesondere im Zusammenhang mit Boykottaufrufen) im öffentlichen Raum (ob auf Versammlungen oder durch Schmierereien), am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld, im ÖPNV, auf der Straße und online. Für Jüdinnen_Juden in Berlin heißt das: Es gibt kaum Räume, in denen sie sicher sein können, nicht mit israelbezogenem Antisemitismus konfrontiert zu werden.

Israelbezogener Antisemitismus wirkt seit dem 7. Oktober besonders verunsichernd, denn der 7. Oktober war bei aller Kontinuität des israelbezogenen Antisemitismus *auch* eine Zäsur. Nie zuvor seit der Datenerhebung war der Anteil des israelbezogenen Antisemitismus in Berlin so hoch wie im vergangenen Jahr; 62% der Vorfälle wiesen Elemente dieser Erscheinungsform auf. Die Zäsur des 7. Oktober betrifft weniger die Struktur dieser Erscheinungsform des Antisemitismus, sondern vielmehr seine Auswirkungen auf Jüdinnen_Juden und Betroffene von Antisemitismus. Angesichts der positiven Bezugnahmen in Berlin und online auf die von der Hamas und anderen Terrororganisationen ausgeübte exzessive Gewalt und die Massaker am 7. Oktober an der israelischen Zivilbevölkerung können Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus nun auf Betroffene von Antisemitismus eine bedrohlichere und existenziellere Wirkung entfalten als vorher.

BEISPIELE

Extreme Gewalt

Als extreme Gewalt werden physische Angriffe oder Anschläge gewertet, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu der Kategorie gehören auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffen oder Schüssen.

Mitte, 18. Oktober: Vermummte warfen zwei Molotow-Cocktails in Richtung eines jüdischen Gemeindezentrums. Beide verfehlten das Gebäude und erloschen auf dem Bürgersteig.

Angriffe

Als Angriff wird jeder körperliche Angriff auf eine oder mehrere Personen gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine schweren körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (etwa Steinen, Flaschen etc.) gewertet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.

Marzahn-Hellersdorf, 23. Mai:

Ein Mann saß auf einer Parkbank vor seinem Wohnhaus, als zwei Männer auf ihn zukamen und ihn antisemitisch anpöbelten. Der Mann flüchtete in einen Hauseingang, wo einer der Angreifer mehrfach versuchte, ihn zu schlagen und zu treten. Der Mann konnte der Attacke ausweichen und blieb unverletzt.

Mitte, 13. Juli: Auf dem S-Bahnhof Alexanderplatz wurde ein Israeli von zwei Männern angegriffen. Die Männer sagten, dass er Jude und Israeli sei, verfluchten ihn, dann wurde er bespuckt, getreten, geschlagen und auf Arabisch beschimpft. Die Täter versuchten zudem, sein Telefon zu stehlen.

Friedrichshain-Kreuzberg, 5. August:

Ein israelischer Tourist war mit einer Begleitung zu Fuß unterwegs und telefonierte auf Hebräisch, als ein Pkw neben den Beiden anhielt und drei Männer ausstiegen. Zuerst sprach einer der Männer den Touristen auf Deutsch an, was dieser nicht verstand. Dann schlug einer aus dem Trio den Betroffenen. Als dieser auf dem Boden lag, schlugen und traten alle drei Männer auf ihn ein. Anschließend stiegen die

Täter wieder in den Wagen und fuhren davon. Der betroffene Mann wurde am Arm und im Gesicht verletzt und wurde im Krankenhaus medizinisch versorgt.

Mitte, 11. Oktober: Eine Gruppe von drei Personen, darunter auch Israelis, gingen die Friedrichstraße entlang. Sie sprachen miteinander Hebräisch. Ein Mann spuckte sie an und rief „El Yahud“ und „Falastin“.

Neukölln, 16. Oktober: Ein Paar saß vor einer Kneipe und unterhielt sich auf Hebräisch, als unvermittelt eine unbekannte Person einen Boller auf das Paar warf. Das Paar blieb unverletzt.

Mitte, 9. November: Bei einer Gedenk-demonstration anlässlich der Reichspogromnacht wurde eine Person von einem harten Gegenstand getroffen. Vermutlich handelte es sich um einen Stein.

Gezielte Sachbeschädigungen

Als gezielte Sachbeschädigungen werden antisemitische Graffiti oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen jüdischen oder als jüdisch wahrgenommenen Eigentums gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkortern gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

Mitte, 11. Juni: An einem privaten Wohnungseingang wurde eine Mesusa, am Türpfosten, abgerissen. Auf dem Klingelschild steht ein Name, der als jüdisch identifiziert werden kann.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 11. Juni: Am Mahnmal „Gleis 17“ beschädigten vier Männer die Gedenktafel für die von diesem Gleis Deportierten. Es wurden „Einkerbungen und Farbabrieb“ festgestellt, wie es in einer Mitteilung der Polizei hieß. Zudem wurden ein Davidstern und der Schriftzug „Israel“ in die Mauer gekratzt, an der die Gedenktafel befestigt ist.

Spandau, 13. Juni: Am Mahnmal für die zerstörte Spandauer Synagoge und die Spandauer Opfer der Schoa wurde eine gezielte antisemitische Sachbeschädigung entdeckt. Die Glasscheibe am symbolischen „Ewigen Licht“ des Mahnmals war zerstört worden. Seit 2012 kommt es immer wieder zu Beschädigungen des Mahnmals, allein 2022 hat RIAS Berlin mehrere Vorfälle dieser Art dokumentiert.

Friedrichshain-Kreuzberg, 8. Oktober: Unmittelbar nach den Massakern der Hamas und anderer Terrororganisationen an der israelischen Zivilbevölkerung am 7. Oktober wurde eines der Ladenschilder eines jüdisch-israelischen Delis angezündet. Auf dem Schild stand „Tel Aviv Market Food“. Die Betreiber_innen entschieden sich, das Schild nicht wieder anzubringen, um sich vor weiteren Sachbeschädigungen zu schützen.

Pankow, 12. Oktober: Im Prenzlauer Berg wurde eine Haustür durch einen Davidstern markiert. In dem Haus wohnt eine jüdische Bewohnerin.

Tempelhof-Schöneberg, 13. Oktober: In der Ansbacher Straße wurde der Stolperstein für Berthold Rothschild entfernt. Rothschild lebte dort mit seiner Ehefrau Grete Franziska Rosenthal. Am 14. März 1943 beging das Ehepaar Selbstmord. Elf Tage zuvor hatten sie den Abtransport ihrer Vermieter, Dr. Kurt und Ada Lea Zarinzansky, miterlebt.

Charlottenburg-Wilmersdorf,

16. Oktober: In der Pariser Straße wurden Beschädigungen an den meisten der 29 dort verlegten Stolpersteine entdeckt. Die Art der Beschädigungen legt nahe, dass mit einem Hammer oder einem ähnlichen Werkzeug massiv auf die Gedenksteine eingeschlagen wurde.

Mitte, 22. Oktober: Eine Scheibe des Jüdischen Krankenhauses in Gesundbrunnen wurde mit einem Stein beschädigt.

Mitte, 19. November: Ein Schaukasten zur Ausstellung über jüdisches Leben in Moabit wurde beschädigt und in Brand gesetzt. In dem Schaukasten war seit dem 1. November eine Ausstellung zum Krankenhaus Moabit und zum jüdischen Leben in Moabit zu sehen.



Tempelhof-Schöneberg, 11. Dezember:

Ein an der Urania aufgestellter Chanukka-Leuchter wurde beschädigt. Ein Licht wurde gewaltsam entfernt und auf den Boden geworfen. Zudem wurde ein Schild an dem Leuchter abgerissen.

Mitte, 31. Dezember: Die Wohnungstür jüdische_r Mieter_innen wurde gezielt mit Eiern beworfen. An der Tür ist eine Mesusa angebracht, und vom Balkon hängt eine Israelflagge.

Steglitz-Zehlendorf, 31. Dezember:

In einem Wohnhaus wurde an einer Wohnungstür ein Böller platziert und angezündet. Spuren der Böllerexplosion waren danach an der Tür erkennbar. Die Wohnung ist die einzige im Haus, an deren Tür eine Mesusa hängt.



Bedrohungen

Als Bedrohung gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

Neukölln, 12. Februar: Eine Frau wurde von einem Mann am S-Bahnhof Sonnenallee beleidigt, beschimpft und anschließend bedroht. Der Mann äußerte sich antisemitisch, rassistisch und transfeindlich.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 14. Juli: Ein Mann bedrohte in einem Regional-express mehrere Frauen auf eine den Nationalsozialismus verherrlichende Weise und äußerte Vernichtungsphantasien. So beschimpfte er die Betroffenen sinngemäß mit Äußerungen wie „Ihr gehört alle ins KZ“ und „Ich vergase euch alle“.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 23. Juli: Bei einer Veranstaltung an einer Berliner Kunsthochschule wurde mehreren Personen der Zutritt verwehrt und eine der Personen am Jackett gepackt. Als sie sich über die Verweigerung des Zutritts zur Veranstaltung beschwerten, wurden sie von einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes transfeindlich, rassistisch und antisemitisch beleidigt.

Online, 13. Oktober: In einer privaten Chatgruppe, adressierte ein_e Chat-Teilnehmer_in an eine andere Person in der Gruppe mit antisemitischen Vernichtungsphantasien. U.A. schrieb sie der Person: „Du gehörst an ne Rakete gefesselt. Und diese Rakete sollte am besten ne israelische Grundschule treffen. Das wär toll. Passiert auch noch. Warte ab. 3 Weltkrieg steht bevor.“ In weiteren Nachrichten äußerte die Person, dass Juden den Tod verdienen würden.

Marzahn-Hellersdorf, 19. November: Laut einem Zeitungsartikel kam es seit dem 7. Oktober 2023 in einer sozialen Einrichtung in Hellersdorf mehrfach zu antisemitischen Aussagen von jugendlichen Besucher_innen. Unter anderem wurde ein Aufruf zum Mord an Jüdinnen_Juden ausgesprochen. Dabei sind Äußerungen gefallen wie: „Zuerst schneiden wir den Juden die Kehle durch, dann den Schwulen und zum Schluss den Christen!“

Charlottenburg-Wilmersdorf, 23. November: Ein jüdischer Student wurde an einer Musikhochschule von zwei Mitstudenten antisemitisch als angeblicher Verteidiger des „Terrorstaats Israel“ beschimpft und bedroht: „Solche wie er“ sollten „sich nicht wundern.“

Mitte, 8. Dezember: Eine Frau äußerte sich im Bus gegenüber einer Mitfahrenden antisemitisch und rassistisch. Als die Betroffene im Begriff war auszusteigen, sprang die Frau, die sie beleidigt hatte, auf und rannte auf sie zu. Die Betroffene fühlte sich bedroht und sprang aus dem Bus.

Verletzendes Verhalten

Die Kategorie verletzendes Verhalten umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text oder das Gesprochene antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nicht-jüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.⁸



Mitte, 23. Januar: Ein Mann legte sperrmüllartige Gegenstände an einem Gedenkort in Mitte ab, der an eine von den Nationalsozialisten zerschlagene jüdische Gemeinde erinnert. Nachdem eine anwesende Person ihn darauf hinwies, dass dies kein geeigneter Ort für Sperrmüll sei, wurde sie von dem Mann antisemitisch angepöbelt und als „gierig“ und „geldgeil“ bezeichnet.

- ◀ **Friedrichshain-Kreuzberg, 13. Februar:** Auf einem Wandgemälde, das u. a. eine Moschee mit Halbmond, eine Synagoge mit einem Davidstern-Fenster und zwei Kirchen mit Kreuzen auf den Dächern abbildete, wurde der Davidstern mit einem Palästinaflaggen-Sticker überklebt. Am übrigen Bild wurden keine Veränderungen vorgenommen.

⁸ Antisemitische Texte, die sich an mehr als zwei Adressat_innen richten oder auf ein möglichst breites Publikum abzielen, werden hingegen in der Kategorie Massenzuschriften behandelt. Versammlungen (Demonstrationen, Kundgebungen) werden als verletzendes Verhalten gewertet, wenn der Aufruf zur Versammlung, bei der Versammlung gerufene Parolen, Transparente, o. Ä. antisemitische Inhalte aufweisen.



Treptow-Köpenick, 14. Februar: Ein Mann betrat die S-Bahn und begann unvermittelt, sich antisemitisch zu äußern. Er sagte unter anderem „Ich wollte nach Deutschland, nicht nach Auschwitz“ und „Scheiß Juden, scheiß Untermenschen“. Die Intervention einer Anwesenden ignorierte er. Von den übrigen Fahrgästen reagierte keiner.

Friedrichshain-Kreuzberg, 8. März: Auf einer Demonstration zum Internationalen Frauentag wurde die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ skandiert.

◀ **Online, 6. April:** Eine jüdische Instagram-Nutzerin erhielt auf eine von ihr geteilte Story mehrere antisemitische und sexistische Nachrichten.



◀ **Neukölln, 25. April:** An einer Bushaltestelle wurde ein Plakat mit einem Landkartenumriss entdeckt, auf dem Palästina das gesamte israelische Staatsgebiet umfasst. Darunter steht: „Wir werden es nicht zulassen, dass der deutsche Staat ihre Nazi-Verbrechen mit unserem Blut reinwäscht. Free Palestine. Eure Repression wird uns nicht terrorisieren“.

Friedrichshain-Kreuzberg, 20. Mai:

Auf einer israelfeindlichen Versammlung wird die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ gerufen. Auf einem Plakat stand u. a.: „Ladet eure Holocaust-Schuld nicht an Palästinensern ab“. Pressevertreter_innen wurden auf der Versammlung von Teilnehmenden der Demonstration angegangen und bedrängt.

Steglitz-Zehlendorf, 26. Mai:

An einer Hauswand wurde die Schmiererei „Drecks-Juden“ entdeckt. Daneben stand außerdem „Trag deine Maske“, „Lass dich Impfen“ und „Hinterfrage nichts“.

Treptow-Köpenick, 17. Juni: In einer Auseinandersetzung zwischen zwei Männern vor einem Supermarkt, in der es um Geld ging, sagte ein Mann zu dem anderen „Du bist so ein dreckiges Judenkind.“

Friedrichshain-Kreuzberg, 13. Juli:

Eine Stadtführerin ging mit einer Gruppe amerikanischer Jüdinnen und Juden, die u. a. durch Kippot auch als jüdisch zu erkennen waren, durch eine Grünanlage in Kreuzberg. Zwei junge Männer riefen der Gruppe mehrmals „Free Falastin“ zu.

Online, 16. Juli: Eine antifaschistische Aktivistin erhielt eine antisemitische und verschwörungsideologische E-Mail. Darin wird unter anderem von einer geheimen jüdischen Verschwörung phantasiert, die einen Bevölkerungsaustausch durchführe, um alle Deutschen auszurotten. Darüber hinaus verbreitet der_die Autor_in in der E-Mail geschichtsrevisionistische Thesen wie die Behauptung, die Wehrmachtsoldaten hätten nichts falsch gemacht.

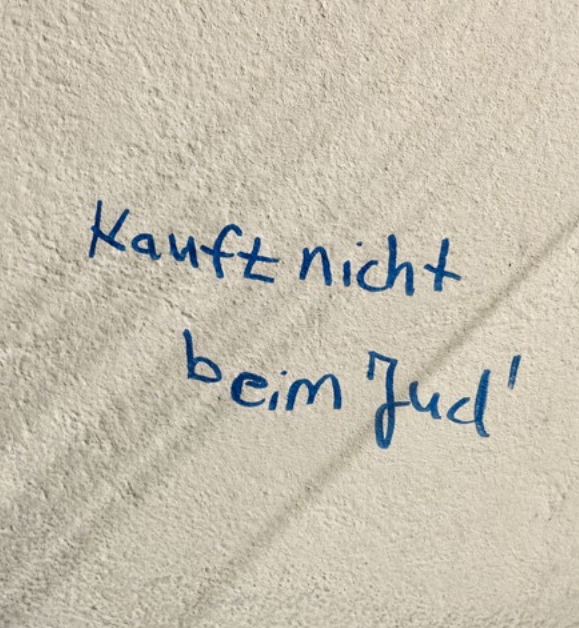
Mitte, 26. August: Vor dem Reichstagsgebäude fand eine Versammlung aus dem rechtsextremen Spektrum mit einigen wenigen Teilnehmenden statt. Eine Person suggerierte, dass Deutschland zionistisch kontrolliert sei. Er sprach zudem mehrfach von „Aschke-Nazis“, wodurch er aschkenasische Jüdinnen_Juden mit den Nationalsozialisten gleichsetzte.

Friedrichshain-Kreuzberg,

7. September: Eine jüdische Person wurde beim Friseur, nachdem sie im Gespräch mitgeteilt hatte, dass sie jüdisch sei, mit mehreren antisemitischen Kommentaren konfrontiert. Unter anderem wurde gesagt, dass alle Juden reich seien und heimlich die Welt regieren würden.

Marzahn-Hellersdorf, 14. September:

Eine Person, die sich auf dem Weg zum Schwimmbad befand, trug einen Pullover mit der Aufschrift Jerusalem. Ein Mann mit einem Hund ging an ihm vorbei und sagte in aggressivem Tonfall „Scheiß Juden“.



Steglitz-Zehlendorf, 2. Oktober: An der Wand eines Supermarktes wurde der Schriftzug „Kauft nicht beim Jud“ entdeckt.

Neukölln, 8. Oktober: Auf einer Tafel in einem Hausflur wurde neben das Wort „Israel“ ein Hakenkreuz gemalt. Daneben stand in derselben Schrift „Free Palestine“.

Mitte, 17. Oktober: Auf einer Versammlung mit mehreren hundert Teilnehmenden wurde u. a. „Israel Terrorstaat“ und „Kindermörder Israel“ gerufen.

Friedrichshain-Kreuzberg, 18. Oktober: In einer U-Bahn unterhielten sich zwei junge Männer. Einer von ihnen äußerte sich abwertend über deutsche Politiker_innen, die ihm zufolge alle mit „den Juden“ unter einer Decke stecken würden und dass er alle Juden in Neukölln töten würde; man solle eine Atombombe auf alle Juden werfen. Er führte danach noch weitere Phantasien über die Vernichtung von Jüdinnen und Juden aus. Niemand in der Bahn reagierte.

Steglitz-Zehlendorf, 3. November:

An einer Berliner Hochschule wurden Plakate, die auf die von der Hamas am 7. Oktober entführten Geiseln aufmerksam machen sollten, abgerissen und durch „Free Palestine“-Plakate ersetzt.

Friedrichshain-Kreuzberg, 16. November: ▶

Auf einer Bank auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofs Kottbusser Tor wurde folgende Schmiererei entdeckt: Ein Hakenkreuz in einen Davidstern integriert, daneben stand der Schriftzug: „die Ironie zu dem zu werden was man einst gehasst hat“. Ähnliche Schmierereien wurden zwischen dem 13. Oktober und dem 30. Dezember an zahlreichen Orten v. a. in Kreuzberg entdeckt.

Mitte, 25. November: Eine Person hörte bei einem Spaziergang, wie ein Mann, der sich mit einem anderen Mann unterhielt, laut „Scheiß Juden“ sagte.

Treptow-Köpenick, 10. Dezember: Zwei Personen, eine von ihnen jüdisch, saßen in einem Nachtbus und hatten jüdische Party-Accessoires für eine Chanukka-Feier dabei. Zwei Männer, die neben ihnen saßen, äußerten sich mehrfach antisemitisch auf Englisch, u. a. sagten sie „Fucking jews“.

▼ Kreuzberg, 5. Dezember

Davidstern mit integriertem
Hakenkreuz (Serie in Kreuzberg).



▲ Kreuzberg, 27. Dezember

BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIEN

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter_innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Gestalt, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zu treffen. Antisemitische Straftaten und Vorfälle, die von der Polizei oder Justiz nicht als strafbar erachtet werden, werden ebenfalls nach den verschiedenen Vorfällttypen systematisiert.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Berlin an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert.⁹ Darüber hinaus nutzt RIAS Berlin zur Orientierung die von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.¹⁰ Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Berlin zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.¹¹

RIAS Berlin analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle verschiedene Kategorien: Vorfällttypen, Gruppen von Betroffenen, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschauliche Hintergründe.

9 Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Arbeitsweisen. <https://report-antisemitism.de/rias-berlin> (Zugriff am 07.10.2021).

10 Ebd.

11 Vgl. Natan Sharansky, 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: Jewish Political Studies Review 16 (2004) 3–4. <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/> (Zugriff am 07.10.2021).

Vorfalltypen

RIAS Berlin unterscheidet je nach Art und Schwere des Vorfalls sechs verschiedene Vorfalltypen. Diese Typen wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und später von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als Massenzuschrift werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – dies geschieht meistens online.

RIAS Berlin erfasst zudem auch proaktiv Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das umfasst Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring bezieht sich jedes Jahr auf zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall vom Typ verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer Versammlung zu Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils einzeln als zusätzlicher antisemitischer Vorfall registriert.

Betroffene

RIAS Berlin unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen_Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist_innen oder Politiker_innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen handelt es sich zum einen um religiöse oder weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen. Zum anderen können auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie als jüdisch wahrgenommene bzw. adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als eine Betroffene.

Nicht zuletzt gibt es auch Vorfälle, denen RIAS Berlin keine direkt Betroffenen zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im **antijudaistischen Antisemitismus** werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmysmen, so wird dies dem **modernen Antisemitismus** zugerechnet. **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. **Israelbezogener Antisemitismus** liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher ist als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Berlin klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalles oder der dafür Verantwortlichen. Diese Zuordnung ist nicht immer möglich und erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Weil solche Informationen oft fehlen, werden viele antisemitische Vorfälle keinem politisch-weltanschaulichem Hintergrund zugeordnet. Bei der Zuordnung unterscheidet RIAS Berlin sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Hier ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft.

Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Dieser bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Der Rechtspopulismus fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die auf eine scharfe Abgrenzung zu (vermeintlichen) politischen Eliten zielt, sich aber zugleich zumindest formal auch von rechtsextremen Positionen und Akteur_innen abgrenzt.¹²

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltansicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

12 Für eine ausführlichere, an den Politologen Hans-Gerd Jaschke angelehnte Definition des Begriffs Rechtsextremismus siehe Bundesverband Mobile Beratung (BMB), Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Inhaltliche und methodische Grundsätze, hier S. 16. https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsaeetze_DinA5_web.pdf (Zugriff am 02.04.2021). Siehe auch: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: Rechtsextremismus – Eine praxisbezogene Arbeitsdefinition, in: <https://mbr-berlin.de/publikationen/rechtsextremismus-eine-praxisbezogene-arbeitsdefinition-2021/> (Zugriff am 05.05.2024).

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums), bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, darunter auch islamistische.

Einem **verschwörungsideologischen** Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Auch für das Milieu des **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass es teilweise nicht eindeutig politisch zugeordnet werden kann: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählen beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

MELDESTELLE FÜR ANTISEMITISCHE VORFÄLLE

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) wurde 2015 als bundesweit erste zivilgesellschaftliche Anlaufstelle für Betroffene und Zeug_innen von antisemitischen Vorfällen ins Leben gerufen. Seitdem hat RIAS Berlin ein stadtweites Meldernetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut.

Bei Bedarf vermittelt RIAS Berlin professionelle Beratungsangebote für Betroffene, deren Angehörige oder Zeug_innen von Antisemitismus und macht die Perspektiven der Betroffenen sichtbar.

Die dem Projekt bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle werden systematisch dokumentiert und ausgewertet. Die erhobenen Daten und Analysen veröffentlicht das Projekt jährlich in dem Bericht „Antisemitische Vorfälle in Berlin“ und erstellt so das umfassendste Lagebild über den Antisemitismus in Berlin.

Das Projekt sensibilisiert auf diese Weise Öffentlichkeit, Politik, Justiz und Polizei für aktuelle Erscheinungsformen und Betroffenenperspektiven und schafft konkrete Ansatzpunkte für zivilgesellschaftliches solidarisches Handeln.

Antisemitische Vorfälle können jederzeit unter www.report-antisemitism.de gemeldet werden.



Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

RIAS Berlin ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. und orientiert sich an den dort formulierten Qualitätsanforderungen.

UNSERE ANGEBOTE

Vertrauensvolle Annahme anonymer
Meldungen antisemitischer Vorfälle

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Vermittlung von weitergehenden
Unterstützungsangeboten
(juristisch, psychologisch, politisch
sowie Betroffenen- und
Antidiskriminierungsberatung)

Unterstützung bei öffentlicher
Kommunikation der Erfahrungen

Informationen und Analyse
zu aktuellen Ausdrucksformen
des Antisemitismus

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen
antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite www.report-antisemitism.de
oder die Telefonnummer **030/817 985 821** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin

twitter.com/Report_Antisem

instagram.com/rias.berlin

RIAS Berlin ist ein Projekt des

vdck

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.



**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**